



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

10. Jahrgang
Nr. 129 Okt./4 2024

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs-mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Corona-Impfung führte zur Übersterblichkeit und Turbokrebs

Ute Krüger

Berliner Zeitung, Mo, 7. Okt 2024 18:36 UTC

Unsere Autorin arbeitete als Oberärztin in der Klinischen Pathologie mehrerer schwedischer Kliniken.
Seit den Corona-Impfungen beobachtete sie einen neuartigen «Turbo-Krebs». Corona world

Dies ist ein Open-Source-Beitrag. Der Berliner Verlag gibt allen Interessierten die Möglichkeit, Texte mit inhaltlicher Relevanz und professionellen Qualitätsstandards anzubieten.

Seit meiner Kindheit hatte ich den Wunsch, Ärztin zu werden, um Menschen helfen zu können. In der Ober-schule in Seelow/Brandenburg wurde mein Interesse für das Mikroskop in einem Biologiekurs geweckt. Der Aufbau der Pflanzen bei starker Vergrösserung faszinierte mich sehr. Nach meinem vorpraktischen Jahr 1989 auf der Herz-Akutstation in der Berliner Charité studierte ich an der Humboldt-Universität zu Berlin Medizin. In meiner Doktorarbeit analysierte ich fast 7500 Obduktionsfälle. Hier verglich ich die von den kli-

nisch tätigen Ärzten gestellten Diagnosen, wie zum Beispiel Todesursachen, mit den Ergebnissen der Obduktion zum Zwecke der Qualitätskontrolle. In den folgenden Jahren arbeitete ich als Assistenzärztin in der Klinischen Pathologie des Oskar-Ziethen-Krankenhauses Lichtenberg und bestand im Jahr 2004 die Facharztprüfung für Pathologie. Das Mikroskop wurde mein täglicher Begleiter.

Aufgrund der Aussicht, dass Arbeit und Familie als Ärztin in Deutschland nicht unter einen Hut zu bringen waren, ging ich mit meinem damaligen Partner im Jahr 2005 nach Växjö in Südschweden. Hier arbeitete ich zehn Jahre lang als Oberärztin in der Klinischen Pathologie des Zentralkrankenhauses und war in den letzten vier Jahren auch Ärztliche Leiterin. In den darauffolgenden acht Jahren war ich als Oberärztin in der Klinischen Pathologie des Landeskrankenhauses Kalmar, Schweden, und gleichzeitig als Oberärztin am Institut für Klinische Wissenschaften der Universität in Lund, Schweden, tätig.

An der Universität habe ich zum Thema Brustkrebs geforscht, um ein besseres Verständnis der Tumorbioologie und der Risikofaktoren für Brustkrebs zu erlangen. Das Ziel war, herauszufinden, wie diese Erkrankung verhindert werden kann. Zeitgleich mit dem Beginn meiner Tätigkeit in Kalmar und Lund wirkte ich in einem Zeitraum von fünf Jahren als Vorstandsmitglied der Schwedischen Gesellschaft für Pathologie mit, um die Qualität in der Pathologie in Schweden zu verbessern. So blicke ich insgesamt auf eine 25-jährige Tätigkeit in der Pathologie zurück. Bis zum Jahr 2022 diagnostizierte ich in meiner klinischen Tätigkeit als Brustkrebsspezialistin Tausende von Krebserkrankungen und anderen Krankheiten.

Im Herbst 2021 mehrten sich seltsame Krebsfälle

Im Herbst des Jahres 2021 bemerkte ich eine Veränderung beim Auftreten des Brustkrebses in meiner Routinearbeit im Krankenhaus. Ich sah häufiger als gewohnt Tumore jüngerer Patientinnen, oft zwischen 30 und 50 Jahre alt, und ich sah mehr aggressiv wachsende Tumore und somit grössere Tumore. Es fanden sich gehäuft nicht nur ein, sondern mehrere Tumore gleichzeitig in einer Brust. Auch schien häufiger Brustkrebs in beiden Brüsten gleichzeitig aufzutreten. Dazu fiel mir auf, dass es bei früher vom Brustkrebs geheilten Patientinnen scheinbar mehr Rückfälle gab. Hier handelte es sich dann um sehr aggressives Tumorwachstum mit sehr rascher Tumorstreuung im ganzen Körper, welches wiederholt wenige Monate nach der Corona-Impfung auftrat.

Kommentar: Viele alternative Medien berichteten bereits von Anfang an über die Risiken einer mRNA-Impfung.

Da ich einen Zusammenhang dieser ‹neuartigen› Tumore mit der Impfung gegen Covid-19 (im Folgenden der Einfachheit halber Corona-Impfung genannt) sah, meldete ich zahlreiche Fälle der schwedischen Arzneimittelbehörde. Zudem versuchte ich, in der zweiten Pathologiekonferenz in Berlin deutschsprachige Kollegen zu finden, um meine Hypothese des, so wie ich ihn nannte, ‹Turbokrebses› nach Corona-Impfung zu widerlegen oder zu bestätigen. Ich wollte eine gross angelegte Studie ins Leben rufen. Mein Bestreben war, alle Corona-Impfungen zu stoppen, bevor diese Frage nicht geklärt war. Leider fand sich nur ein interessierter österreichischer Pathologenkollege, der meinem Aufruf gefolgt ist. Zu zweit und vor allem neben der tagesfüllenden klinischen Tätigkeit war eine solche Arbeit nicht zu bewältigen.

Kommentar: Viele dieser Ärzte wurden auch bewusst mundtot gemacht.

Im Laufe der Monate erreichten mich zahlreiche E-Mails von Kollegen, Angehörigen und Betroffenen zum Thema Turbokrebs. Es schien also nicht nur mir ein möglicher Zusammenhang zwischen den Corona-Impfungen und aggressiven Krebsfällen aufgefallen zu sein.

In einer Studie aus Grossbritannien vom Oktober 2023 wurde die Krebssterblichkeit von 15- bis 44-Jährigen untersucht. Es handelt sich hierbei also um sehr junge Menschen, bei denen Krebs als Todesursache bisher eher selten war. Es zeigte sich für Brustkrebs bei Frauen, dass es im Jahr 2022 einen Anstieg der Krebstodesfälle um 28 Prozent gab. Noch alarmierendere Zahlen lagen für Bauchspeicheldrüsenkrebs vor: Hier fand sich ein Anstieg der Todesfälle um 80 Prozent für Frauen und 60 Prozent für Männer. Zudem wurde eine 120-prozentige Zunahme der Todesfälle für Männer, verursacht durch den schwarzen Hautkrebs (Melanom), gefunden.

Ungeklärte Übersterblichkeit

Das ist auch deswegen sobrisant, weil wir es ja in der Tat seit 2021 mit einer ungeklärten Übersterblichkeit zu tun haben.

Schaut man sich die Sterbeziffern der vergangenen vier Jahre in Deutschland an, ist vor allem für die letzten Jahre eine deutliche Übersterblichkeit zu verzeichnen. In dem Vorabdruck einer Veröffentlichung dieses Jahres ist ersichtlich, dass die Übersterblichkeit in der ersten Phase der Pandemie ohne Impfungen mit den Corona-Infektionen und Todesfällen korreliert. Im zweiten und dritten Pandemiejahr findet sich jedoch ein beträchtlicher Anstieg der Übersterblichkeit, der nicht durch die Corona-Infektionen erklärt werden kann, sondern im Zusammenhang mit den Corona-Impfungen zu sehen ist.

Je mehr Impfungen verabreicht wurden, desto höher war der Studie zufolge die Übersterblichkeit. Zudem variierte die Übersterblichkeit während der beiden letzten Pandemiejahre erheblich zwischen den Bundes-

ländern. So wurde für das dritte Pandemiejahr die Übersterblichkeit für Berlin, Brandenburg und Sachsen mit 5 bis 6 Prozent angegeben, im Gegensatz dazu fand sich eine etwa doppelt so hohe Übersterblichkeit in Bremen und dem Saarland mit 11 Prozent. Die Übersterblichkeit korreliert mit der Anzahl der corona-geimpften Personen in den Bundesländern. In der Studie heisst es wörtlich: «Je mehr Impfungen in einem Bundesland verabreicht wurden, desto grösser war der Anstieg der Übersterblichkeit.» (Übersetzung der Autorin.)

In dieser wissenschaftlichen Arbeit wurde auch die Anzahl der Totgeburten untersucht. Auch hier zeigt sich: Die Anzahl der Totgeburten korreliert im dritten Pandemiejahr mit der Anzahl der Corona-Impfungen in der Bevölkerung.

In dem im August 2024 erschienenen Vorabdruck einer anderen Veröffentlichung wird die Übersterblichkeit in Österreich untersucht. Hier fliesst unter anderem auch das Alter der Verstorbenen mit ein. Es zeigt sich, dass die Übersterblichkeit von 15–29-Jährigen für das Jahr 2023 unglaubliche 34 Prozent beträgt.

Bereits im August 2021 warnte der renommierte Pathologe und Direktor des Pathologischen Instituts der Universitätsklinik Heidelberg, Prof. Dr. med. Peter Schirmacher, vor einer hohen Dunkelziffer an Impftoten. Ende November 2022 veröffentlichte er eine Studie, im Gespräch mit der «Welt» erläuterte er kurz darauf die Ergebnisse seiner Forschung. Untersucht worden seien Menschen, die in den ersten 14 Tagen nach der Impfung aus scheinbarer Gesundheit heraus unerwartet verstorben seien. Bei 30 Prozent habe es einen Zusammenhang zwischen Impfung und Versterben gegeben. Schirmacher betonte, dass weitere Untersuchungen notwendig seien und mutmassste, dass «im einen oder anderen Fall vielleicht auch die Sorge vor unliebsamen Ergebnissen» weiterer Forschung im Weg stehen könnte.

Obduktionen liefern wichtige Erkenntnisse

Ohne Obduktion ist es nicht möglich, Todesfälle aufgrund von Impfnebenwirkungen an das Paul-Ehrlich-Institut, Bundesinstitut für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel, zu melden. In diesem Zusammenhang ist noch zu nennen, dass viele Geimpfte plötzlich zu Hause verstorben sind. Bei der äusseren Leichenschau wurde dann als Todesart ‹natürlich› angekreuzt, eine Obduktion unterblieb. Somit wurden Todesfälle, die eventuell in Zusammenhang mit den Corona-Impfungen standen, von der Statistik nicht erfasst.

Im Jahr 2021 lernte ich Prof. Dr. med. Arne Burkhardt kennen, einen sehr kompetenten Pathologenkollegen. Er hatte zusammen mit Rechtsanwalt Elmar Becker beschlossen, Todesfälle nach Corona-Impfungen zu untersuchen. Burkhardt wollte herausfinden, ob ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Impfung und Tod besteht. Es hatten sich viele Menschen aus dem europäischen Raum an ihn gewandt, nachdem Angehörige nach der Impfung verstorben waren. In den Obduktionsberichten der Pathologen oder Rechtsmediziner konnte jedoch kein Zusammenhang mit der Corona-Impfung festgestellt werden. Die Angehörigen zweifelten aber an diesem Ergebnis und sorgten dafür, dass die Pathologie- oder rechtsmedizinischen Institute Gewebeproben ihrer Verstorbenen an Prof. Burkhardt schickten.

Diese weltweit wohl einzigartige Arbeit begann in der ersten Hälfte des Jahres 2021 in seinem Pathologielabor in Reutlingen. Im Sommer 2021 kam der erfahrene Pathologe Prof. Dr. med. Walter Lang mit ins Team.

In fast drei Viertel der bis Juni 2023 untersuchten 89 Todesfälle deuten die Befunde laut Burkhardt auf einen Zusammenhang des Todes mit der Corona-Impfung hin. Es wurde festgestellt, dass die Gewebebeschäden in Abhängigkeit von der Anzahl der Corona-Impfungen stehen. So waren schwere Gewebebeschäden bei den Verstorbenen nach mehrfacher Corona-Impfung deutlich häufiger als nach nur einmaliger Impfung. In mehr als der Hälfte der Fälle war die Todesursache auf eine Entzündung des Herzmuskels zurückzuführen. Die jüngste Verstorbene war eine 16-jährige Schülerin. Es war bekannt, dass alle neuartigen Corona-Impfstoffe eine Herzmuskelentzündung auslösen können. Das findet sich auch in der Analyse der Berichte über unerwünschte Nebenwirkungen des Impfstoffes der Firma Pfizer. Allerdings scheint, in Anbetracht der Ergebnisse der Professoren Burkhardt und Lang, die in der Analyse von Pfizer angegebene Häufigkeit noch deutlich untertrieben zu sein.

In fast 90 Prozent der von Burkhardt und Lang untersuchten Todesfälle fand sich eine Entzündung der Blutgefäße, der grossen wie der kleinen. Überdurchschnittlich häufig fand sich eine Entzündung der Aorta, des grössten blutführenden Gefäßes unseres Körpers. Sie können sich sicher denken, dass eine Entzündung in der Gefässwand zur Brüchigkeit des Gefäßes führt und dieses durch den herrschenden Druck dann reissen kann, welches zum raschen Verbluten der Person führt.

Autoimmunerkrankungen als Folge der Impfung?

Weiterhin beschrieben die beiden Pathologen entzündliche Veränderungen in den Organen, sogenannte Autoimmunerkrankungen. Also Erkrankungen, bei denen das Immunsystem des Körpers körpereigenes Gewebe angreift. An dieser Stelle möchte ich gerne kurz erläutern, wie die mRNA-Impfstoffe nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wirken. Es wird durch diese Impfung die Zellprogrammierung gesunder Körperzellen verändert. Für unsere Körper gab es eine Produktion des sogenannten Spikeproteins vor diesen Corona-Impfungen nicht. Seit diesen mRNA-basierten Corona-Impfungen produzieren aber unsere gesunden Kör-

perzellen diese Teile des Coronavirus und präsentieren es auf der Zelloberfläche. Für Zellen der körpereigenen Immunabwehr sind diese Zellen fremd und sie werden bekämpft.

So werden also gesunde (Spikeprotein präsentierende Zellen) angegriffen und es entsteht eine Entzündung, die als Autoimmunreaktion bezeichnet wird. In einer im Juli dieses Jahres im anerkannten Wissenschaftsjournal *«Nature»* veröffentlichten Studie aus Korea zeigt sich, dass nach einer Booster-Impfung, also einer zweiten Corona-Impfung, ein erhöhtes Risiko für bestimmte Autoimmunerkrankungen zu finden ist. Hier werden kreisrunder Haarausfall, die Schuppenflechte und Gelenkrheumatismus genannt. Wichtig ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass diese Impfkomplikationen an grundsätzlich allen Organen auftreten können. Nach dem unerwarteten und plötzlichen Tod unseres lieben Kollegen Burkhardt habe ich es als meine Pflicht angesehen, die von ihm gefundenen Befunde der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Innerhalb eines Jahres stellte ich diese Befunde zusammen und veröffentlichte sie in dem Buch *«Geimpft – gestorben – Histopathologischer Atlas der Corona-Impfschäden»*, das im August 2024 erschienen ist. Es werden 57 Patientenfälle vorgestellt, deren Tod in der grossen Mehrheit der Fälle in einem nachweisbaren Zusammenhang mit der Injektion der mRNA-Impfung gegen Covid-19 steht. Das Buch richtet sich vorrangig an Pathologen, aber auch an Mediziner anderer Fachrichtungen sowie gesundheitsinteressierte Nichtmediziner. Es werden einerseits die Bilder von Gewebeschnitten präsentiert, um die in der Routinepathologie und Rechtsmedizin tätigen Kollegen hinsichtlich dieser völlig neuen Befunde zu sensibilisieren und auf die für die mRNA-Injektionen typischen Veränderungen hinzuweisen. Andererseits sind die entsprechenden Fallbeschreibungen enthalten, welche die tragischen Umstände und vielgestaltigen Leiden der Menschen nach diesen Impfungen dokumentieren.

Gehäuftes Auftreten neurologischer Erkrankungen

Auch neurologische Erkrankungen finden sich gehäuft nach den Corona-Impfungen. Hier ein Beispiel aus meiner Tätigkeit als Pathologin: Ich hatte einen verstorbenen Patienten obduziert, der nach zweimaliger Corona-Impfung verstorben war. Er hatte aufgrund einer bösartigen Vorerkrankung eine Chemotherapie und eine Therapie zur Dämpfung der Immunantwort erhalten. Zur gleichen Zeit bekam er zwei Dosen des Impfstoffes gegen Covid-19.

Ich behaupte, dass jeder Nicht-Mediziner versteht, dass man nicht einerseits das Immunsystem dämpfen kann und andererseits einen Impfstoff gibt, der die Aktivität des Immunsystems in allerhöchstem Grad voraussetzt. Der Mann entwickelte relativ kurze Zeit nach den Impfungen Lähmungen am ganzen Körper und verstarb drei Monate später. Diesen Fall wollte ich zusammen mit zwei sehr erfahrenen Professoren aus der Universitätsklinik Lund, Schweden, und der Berliner Charité veröffentlichen. Über ein halbes Jahr lang hatte ich deshalb Kontakt mit dem *«British Medical Journal»*, einer anerkannten Fachzeitschrift. Ich wurde wiederholt gebeten, Textänderungen und neue Färbungen im Labor vorzunehmen, um dann nach zahlreichen Mailkontakten die kurze Mitteilung zu erhalten, dass ein ähnlicher Fall soeben veröffentlicht worden und das Journal nicht länger an meinem Artikel interessiert sei.

Daraufhin habe ich mich an ein anderes Journal gewandt, dort wurde der Text im Dezember 2022 veröffentlicht. Leider ist dieser Artikel aber nicht auf Pubmed, der Plattform mit wissenschaftlichen Veröffentlichungen – ich möchte es das *«Wikipedia der Wissenschaftler und Ärzte»* nennen – zu finden. So stellt sich mir die Frage, wie viele veröffentlichte wissenschaftliche Studien und Fallbeschreibungen ebenfalls nicht auf dieser Plattform zu finden sind.

Impfstoffe wurden bislang normalerweise vor der Zulassung sieben bis acht Jahre lang entwickelt und erprobt. Der Corona-Impfstoff hingegen ist nach nicht mal einem Jahr, völlig unzureichend getestet, auf den Markt gekommen.

Kommentar: Und viele Kritiker wurden als Verschwörungstheoretiker oder Querdenker bezeichnet. Es war ein Experiment gegen die Menschheit.

Es sind nicht nur unzählige Menschen nach diesen Corona-Impfungen erkrankt, sondern es sind auch zahlreiche Menschen nach diesen Impfungen verstorben. In einer Studie vom Juni 2024 konnten für Pfizer-Impfstoffe in 11 Prozent und für Moderna-Impfstoffe in 21 Prozent schwere Nebenwirkungen nach diesen mRNA-Impfungen nachgewiesen werden. Im Vergleich hierzu wurden für die bisherigen Influenza-Impfungen schwere Nebenwirkungen mit nur null bis vier Prozent angegeben. Demgegenüber wird die Wahrscheinlichkeit, an einer Corona-Infektion zu versterben, mittlerweile mit nur 0,1 Prozent angegeben. In meinen Augen war und ist die Corona-Impfung leider immer noch ein Experiment an uns Menschen.

Weitere alarmierende Zahlen betreffen die Geburtenrate. Eine Untersuchung der Lebendgeburten in Europa aus dem Jahr 2022 zeigt, dass in allen untersuchten Ländern ein Rückgang der Geburtenzahlen mit bis über 10 Prozent zu verzeichnen ist. In diesem Zusammenhang konnte in den Gewebeschnitten aus dem Institut von Burkhardts Labor gezeigt werden, dass das Spikeprotein in den Eierstöcken aufzufinden war. Diese Tatsache lässt schlussfolgern, dass auch hier eine Entzündung auftreten kann, die wiederum zu Narbenbildung und möglicher Unfruchtbarkeit führen kann. In den Gewebeschnitten von Hoden junger Verstorbener fand sich eine erheblich reduzierte Anzahl von Spermien, ein Fall ist auch bildlich im oben beschrie-

benen Buch festgehalten. Diese Veränderungen in den Geschlechtsorganen sind erschreckend und könnten den Geburtenrückgang erklären.

Politik statt Wissenschaft

Mittlerweile weiss man, nach Bekanntwerden der zunächst geheimen Krisenstabs-Dokumente des Robert-Koch-Institutes (RKI) in Deutschland, dass es keine wissenschaftliche Grundlage für zahlreiche von der Politik vorgegebene Massnahmen im Zusammenhang mit Corona gab und gibt.

Kommentar: Und keiner wurde zur Rechenschaft gezogen.

Wissenschaftler und Ärzte, die sich ausgiebig mit den Folgen dieser Corona-Impfungen auseinandersetzt haben, werden als Schwurbler, Verschwörungstheoretiker oder gar Rechtsextreme tituliert. Mein Versuch, vor dem sogenannten Turbokrebs nach Corona-Impfungen zu warnen, wurde in den schwedischen Medien als Sabotage bezeichnet – Sabotage gegen die Impfkampagne, die vorsah, alle Menschen der Region gegen Corona zu impfen.

Aufgrund des Umstandes, dass die Politik über die Wissenschaft bestimmte, habe ich meine Anstellungen als Oberärztin sowohl im Krankenhaus in Kalmar als auch am Universitätsklinikum in Lund gekündigt. Ich war zutiefst schockiert und konnte es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, Teil eines solch unwissenschaftlichen Gesundheitssystems zu sein. Einer meiner Grundsätze besteht darin, dem Menschen keinen Schaden zuzufügen, wie ich es auch im Eid des Hippokrates (der Formulierung der ärztlichen Ethik) geschworen habe.

Ich möchte an Sie appellieren, werden Sie aktiv. Informieren Sie sich. Stellen Sie alles infrage, auch das, was Ihnen auf einem Silbertablett immer wieder in den Medien serviert wird. Kontrollieren Sie auch die von mir angeführten Literaturangaben.

Welche Schäden diese mRNA-basierten Impfstoffe gegen Corona angerichtet haben, ist nun bekannt. Diese mRNA-Technik ist noch nicht ausreichend erprobt und getestet. Bitte informieren Sie sich, auf welcher Basis die Impfstoffe hergestellt sind, mit denen Sie sich in Zukunft impfen lassen wollen.

Und denken Sie daran, Angst schwächt unser Immunsystem. Seien Sie so viel wie möglich in der Natur und stärken Sie es auf diese Weise. Unser Körper ist fantastisch, unterstützen Sie ihn und vertrauen Sie ihm und sich!

Kommentar: Erst im Nachhinein veröffentlichen viele kommerzielle Medien solche Meldungen, die zur Corona-Zeit undenkbar waren. Obwohl es wichtiger gewesen wäre, diese damals zu veröffentlichen, um die Bevölkerung zu schützen. Was ursprünglich die Aufgabe von den Medien war.



Dr. med. Ute Krüger

Dr. med. Ute Krüger ist Fachärztin für Pathologie mit 25-jähriger Berufserfahrung. Seit nahezu 20 Jahren lebt sie in Schweden. Heute ist sie in eigener ganzheitlicher Praxis tätig.

Quelle: <https://de.sott.net/article/36175-Corona-Impfung-führte-zur-Ubersterblichkeit-und-Turbokrebs>

Was bedeutet ‹gesichert rechtsextrem›? Oder ‹unsere Demokratie›?

So fragt Dushan Wegner in seinem Essay vom 4.10.2024.

Wir seien rund um die Uhr von einer politischen Propagandasprache umgeben, die man durchschauen müsse. Die meisten Menschen merken es nicht, dass sie ständig von vielen Propaganda-Begriffen eingehüllt werden, die sie unreflektiert in sich aufnehmen. Sie verhielten sich wie die Fische im Wasser, die sich ihrer flüssigen Umgebung nicht bewusst seien. So stellt er als Hilfe eine Liste wichtiger aktueller

Propaganda-Wörter zusammen. Mit seiner freundlichen Erlaubnis übernehmen wir nachfolgend sein Essay im Wortlaut. (hl)

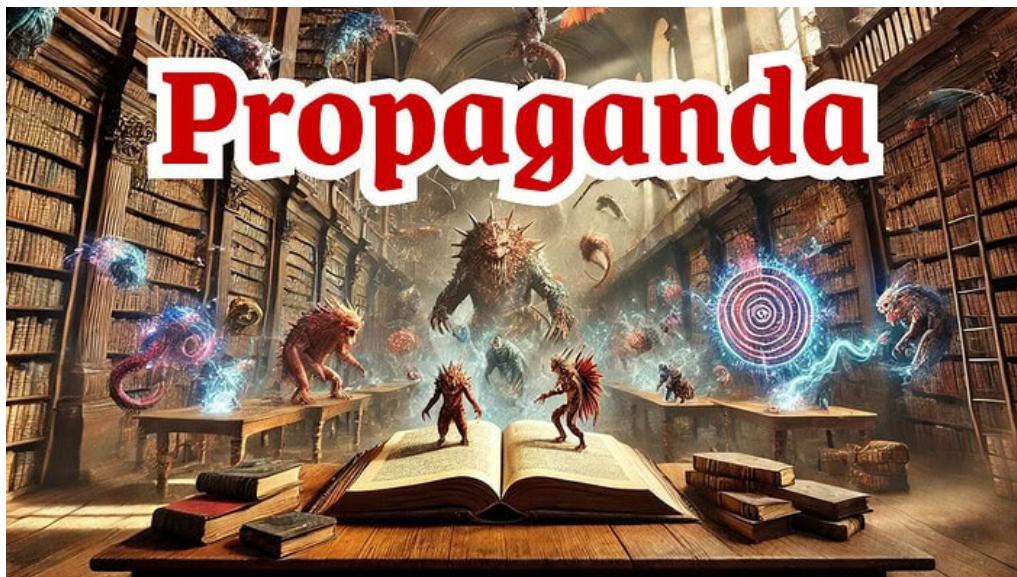


Bild zum Essay, Dushan Wegner, 4.10.2024

«Gesichert rechtsextrem», «unsere Demokratie», «Verschwörungsmythos», «Delegitimierung» – der Propagandastaat hat sein ganz eigenes Vokabular. Lasst uns das neue Propaganda-Lexikon schreiben! «Gesichert rechtsextrem», «bunt», «gerecht» und natürlich die «Brandmauer». Das heisst: Der deutsche Bürger ist rund um die Uhr in Propaganda eingehüllt. Und dazu gehört natürlich Propagandasprache mit ihren vielen Propagandabegriffen. Ich habe mit eurer Hilfe eine Auswahl der aktuellen Propagandawörter zusammengestellt.

Die meisten unserer Mitbürger merken nicht, dass sie von Propagandasprache umgeben sind. Es geht ihnen wie dem Fisch im Wasser, der sich seiner flüssigen Umgebung nicht bewusst ist.

Wenn wir aber schon Heringe sind, wollen wir zumindest kluge Heringe sein! Hier also eine (sehr unvollständige) Liste aktueller Propagandabegriffe – und jeweils eine total ernst gemeinte These zu ihrer wahren Bedeutung.

Zuerst: **«Alternative Fakten»** – dieser Begriff wird zumeist im ironischen Sinn verwendet. Der Ausdruck wurde bekannt durch die Trump-Beraterin Kellyanne Conway (siehe Wikipedia). Interessanterweise begann die Bedeutung als Euphemismus für Unwahrheit oder Lüge, doch inzwischen steht **«alternative Fakten»** etwa für Fakten, deren Nennung erst die Regierten und infolgedessen auch die Regierenden verunsichern würde. **«Bunt»** wird verwendet in Slogans wie **«Solingen bleibt bunt»**. Damit soll signalisiert werden, dass man die Ansiedelung von Kulturen begrüßt, deren Moral und Gepflogenheiten westliche Werte ausschliessen.

«Brandmauer» oder **«Brandmauer gegen Rechts»**: Regierungskritik und Opposition sind quasi ein höllisches Feuer, und gegen Feuer errichtet man **«Brandmauern»**. (Es gibt wohlgemerkt keine **«Brandmauern»** gegen Linksextreme, kommunistische Demokratiefeinde, Öko-Terroristen und Islamisten – im Gegenteil: Die werden sogar teils vom Staat finanziell gefördert (siehe aktuell bild.de, 4.10.2024). Da wird quasi Öl ins Feuer gegossen.)

«Bürgerdialog»: Propagandaveranstaltung, bei welcher ausgewählte Parteifreunde als **«normale Bürger»** auftreten und Stichworte geben, auf die hin Regierende ihre Talking Points absondern können. Lustige Ausnahmen bestätigen die Regel (wie etwa der Bürger, der vorschlug, Scholz durch KI zu ersetzen).

«Delegitimierung»: Von der Innenministeriumsbehörde **«Verfassungsschutz»** erfundener Phantasiebegriff als Begründung für geheimdienstliche Ermittlungen gegen jegliche Regierungskritiker. Die vollständige Langform ist verräterisch: **«Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates»** (siehe verfassungsschutz.de). Was ist **«relevant»** für den Verfassungsschutz? Alles, was irgendeiner dort relevant findet. Und dann wird ermittelt, ohne Anklage oder Verfahren. Ironischerweise ist der Verfassungsschutz einer der prominentesten moralischen Delegitimierer des Staates.

«Demokratie» wird heute verwendet im Sinne von **«Macht der Etablierten»**. Erst nach dieser begrifflichen Ersetzung ergeben viele Nachrichten und Verlautbarungen einen Sinn, siehe **«unsere Demokratie»**.

«Demokratiefeind» ist jeder, der die unhinterfragbare und absolute Macht der Etablierten eben doch zu hinterfragen versucht.

«Demokratieförderung» bedeutet: Wir geben dir Geld, wenn du der Macht der Etablierten zustimmst (siehe deutschlandfunk.de, 21.3.2024).

- «**Demokratie stärken**» ergibt erst dann einen Sinn, wenn man «Demokratie» durch «Macht der Etablierten» ersetzt.
- «**Demokratische Mitte**» – ähnlich wie «Demokratie» eine Umschreibung für «etablierte Macht».
- «**Demokratische Parteien**» ist ein orwellsch-gegenteiliger Begriff und bezeichnet alle Parteien, die sich einig sind, keine inhaltliche Opposition zuzulassen.
- «**Desinformation**»: Alles, was nicht in der 20-Uhr-Propaganda vorkommt – selbst die simpelsten Wahrheiten, solange sie nicht in der 20-Uhr-Propaganda zugegeben werden.
- «**Erneuerbare Energien**»: Strom aus Naturzerstörung. Weder nachhaltig noch zuverlässig, weshalb Strom aus Kohle und Atom im Ausland zugekauft werden müssen.
- «**Gesichert rechtsextrem**»: Wie «Delegitimierung» ein postdemokratisches Propagandawort, das politisierte Verfassungsschutzbehörden einsetzen, um die Opposition zu dämonisieren – allerdings auch mit praktischen, nervigen Konsequenzen für die derart angegriffenen Oppositionellen.
- «**Hass und Hetze**»: Kritik an Regierungspolitik und demokratiefeindlicher Ideologie.
- «**Herausforderung**»: Wir haben's vermasselt, ihr müsst es ausbaden.
- «**Klarer Regierungsauftrag**»: Egal, wie krass wir Land und Wirtschaft kaputtmachen, ihr seid selber schuld, denn ihr habt uns gewählt, ganz bestimmt – vor allem mit den Briefwahlstimmen.
- «**Klimaneutral**»: Verschiebung von Geld an Klimaspekulanten.
- «**Klimawandel**»: Seit Jahrtausenden ändert sich das Klima von selbst, mit Hitze- und Kältewellen, Dürren und Überschwemmungen. Jetzt aber ist es plötzlich die Schuld und Verantwortung der Konsumenten ausschließlich im Westen, dies durch Mehrkosten und Verzicht aufzuhalten, obgleich sie nur einen Bruchteil aller Umweltbelastung produzieren.
- «**Mann**» – in den Nachrichten sollte ein Verdächtiger und Täter so präzise beschrieben werden, wie dies durch die vorliegenden Informationen sinnvoll möglich ist – oder so präzise, wie man die Wahrheit aussprechen darf, ohne gegen das Narrativ zu verstossen. Und manchmal darf man eben nur «Mann» sagen, unter anderem weil im UN-Migrationspakt unterzeichnet wurde, die Wahrheit über die Folgen illegaler Migration zu unterdrücken.
- «**Menschenfeindlich**»: Jeder, der nicht bestätigt, dass es nicht so viele Geschlechter gibt, wie Buchstaben im Alphabet – mindestens.
- «**Menschenrecht**»: «Männer» haben sehr viel davon. Fordert der deutsche Michel das auch für sich, ist er ein Demokratiefeind.
- «**Moral**»: Alles, was die Regierung gerade tut. Für alternative Definitionen siehe «Relevante Strukturen».
- «**Nazi**»: siehe «Regierungskritiker».
- «**NGOs**» (wörtlich «Non Governmental Organisations»; auch: «Zivilgesellschaft», vergleiche «Verfassungsschutz»): Vereine, die mit dem Geld der Regierung bzw. der Steuerzahler (oder internationaler Akteure) die schmutzige Arbeit der Politik ausserhalb demokratischer Kontrolle erledigen können.
- «**Plattform bieten**», vor allem als «keine Plattform bieten»: Euphemismus für Zensur in Kooperation mit «NGOs».
- «**Putinversteher**»: Jeder, der fragt, warum wir Milliarden in einen Krieg pumpen, der vom ersten Tag an verloren war. (Die Antwortsuche könnte beim Profit von Waffenherstellern und plötzlichem Reichtum ukrainischer Politiker beginnen.)
- «**Regierungskritiker**»: siehe «Nazi».
- «**Resilienz**»: Leidet weiter, und hält die Klappe dabei.
- «**Soziale Gerechtigkeit**»: Du zahlst viel Geld und hast nichts davon.
- «**Solidarität**»: siehe «soziale Gerechtigkeit».
- «**Transformation**»: Euphemismus für «Raubzug durch internationale Spekulanten».
- «**Umstritten**»: Vorstufe zu «Nazi».
- «**Unsere Art zu leben**»: Was Politiker damit wirklich meinen, ist noch unklar, da die wörtliche Bedeutung doch eigentlich als «gesichert rechtsextrem» bewertet werden müsste. Taucht auf als Reaktion nach Terroranschlägen durch «Männer».
- «**Unsere Demokratie**»: Orwellscher Gegenteilbegriff, der das Gegenteil von Demokratie bedeutet, nämlich die dauerhafte Besetzung politischer Funktionen durch etablierte Parteien und Machtzirkel.
- «**Verschwörungsmythos**»: Fakten zum aktuellen Geschehen, die noch nicht öffentlich gemacht werden sollten. Wenn es nicht mehr zu verhindern ist, wird der Verschwörungsmythos plötzlich ganz selbstverständlich diskutiert.
- «**Verschwörungstheoretiker**»: Wer störende Fakten öffentlich diskutiert, solange ihr Bekanntwerden noch verhindert werden kann.
- «**Vielfalt**»: Orwellsches Gegenteilwort, siehe auch «Bunt», aber auch «Replacement».
- «**Westliche Werte verteidigen**»: bedeutet wenig bis nichts, siehe auch «Unsere Art zu leben».
- «**Wissenschaft**» sagt, was immer die Wissenschaftler sagen, welche von der Regierung beauftragt wurden zu sagen, was «die Wissenschaft» sagt. (Der Trick ist hier die absichtliche Verwechslung und also Gleichset-

zung eines Prozesses zur Erkenntnisgewinnung der «Wissenschaft» – und einzelner Anwender dieses Prozesses: ausgewählter «Wissenschaftler.»)

Und schliesslich: **«Zeitenwende»:** siehe auch **«Transformation»:** Dein Leben wird schlechter, aber irgendwer wird daran reicher, und das bist nicht du.

Soweit dieses unvollständige Lexikon. Ich danke allen Lesern bei X, die ihr eure Vorschläge eingereicht habt (@dushanwegner, 3.10.2024). Schreibt unbedingt eure Vorschläge als Kommentar bei YouTube – mit Erklärung!

Wir sind wahrlich wie Fische, die im Wasser schwimmen und genau dies vergessen könnten. Oder, nach Erich Kästner: «Nie darf ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken!»

Quelle: <https://www.dushanwegner.com/propagandalexikon/Essay> auf Video: <https://youtu.be/0rBFzLfP3c8>

Quelle: <https://fassadenkratzer.de/2024/10/09/was-bedeutet-gesichert-rechtsextrem-oder-unsere-demokratie/>



Consider the problem of over-population.
Rapidly mounting human numbers are pressing
ever more heavily on natural resources. What is
to be done?... The annual increase of numbers
should be reduced. But how? We are given two
choices -- famine, pestilence and war on the one
hand, birth control on the other. Most of us
choose birth control.

— Aldous Huxley —

AZ QUOTES

Bewältigung des Problems der Überbevölkerung. Die rasant wachsende Zahl der Menschen belastet die natürlichen Ressourcen immer stärker. Was ist zu tun? ... Die jährliche Zunahme der Bevölkerungszahl sollte reduziert werden. Aber wie? Wir haben zwei Möglichkeiten: Hungersnot, Seuchen und Krieg auf der einen Seite, Geburtenkontrolle auf der anderen. Die meisten von uns entscheiden sich für Geburtenkontrolle.

Aldous Huxley

William Shatner on March 1, 2021 on overpopulation

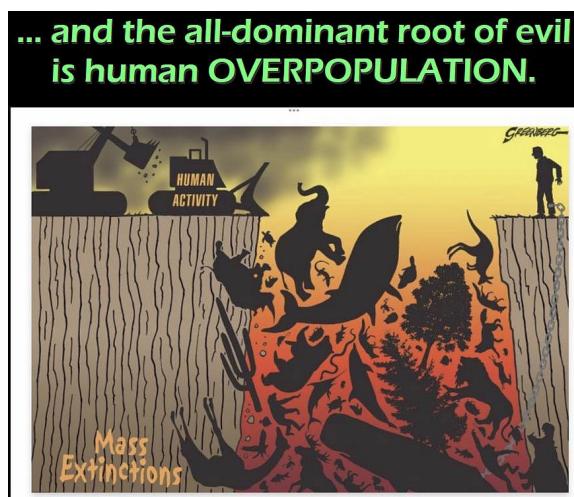


One of the reasons that the Earth is in so much trouble, Shatner argues, is overpopulation. “The real reason everything is happening is there’s too many people. The planet can’t sustain seven billion, let alone 10 billion. It’s such a complex problem. And nobody’s dealing with it. Nobody!”

Source/Quelle:
<https://winteriscoming.net/2021/07/20/william-shatner-doesnt-think-humanity-will-survive-see-star-trek-future/>

William Shatner am 1. März 2021 über Überbevölkerung:

Einer der Gründe für die Probleme auf der Erde, so Shatner, ist die Überbevölkerung. «Der wahre Grund für alles, was passiert, ist, dass es zu viele Menschen gibt. Der Planet kann nicht sieben Milliarden verkraften, geschweige denn 10 Milliarden. Das ist ein so komplexes Problem. Und niemand kümmert sich darum. Niemand!»



... und die alles beherrschende Wurzel des Übels ist die menschliche Überbevölkerung.
Massensterben.

Finally listen carefully!
There is NO PLANET B and the one we live on is hopelessly overpopulated. THAT is the all dominating root cause of all environmental destruction, with the activists always complaining only about the symptoms... how ignorant.



Hören Sie endlich gut zu!

Es gibt KEINEN PLANETEN und der, auf dem wir leben, ist hoffnungslos überbevölkert. DAS ist die alles beherrschende Wurzel aller Umweltzerstörung, wobei die Aktivisten immer nur über die Symptome klagen ... wie ignorant.

Overpopulation makes people stupid and stupid people cannot see reality.



Überbevölkerung macht die Menschen dumm und dumme Menschen können die Realität nicht sehen.

Ukraine-Krieg

US-Senator: «Dürfen ukrainische Rohstoffe nicht Putin überlassen»

Lindsey Graham: Ukraine «sitzt» auf strategischen Ressourcen im Billionenwert

Kamala Harris: globale US-Führungsrolle «nicht aus Nächstenliebe»

Roderich Kiesewetter: EU auf ukrainisches Lithium angewiesen

multipolar | Veröffentlicht 11.10.2024

(Diese Meldung ist eine Übernahme von multipolar)

Der Krieg in der Ukraine wird westlichen Politikern und Experten zufolge auch um den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen geführt. Die Ukraine sitze «auf Mineralien im Wert von Billionen Dollar, die für unsere Wirtschaft gut wären», sagte US-Senator Lindsey Graham (Republikaner) bei einem Besuch in Kiew. (6. September) «Daher will ich unseren Freunden in der Ukraine weiterhin helfen.» Bereits im Juni hatte er gegenüber dem TV-Sender CBS erklärt die «kritischen Mineralien» in der Ukraine seien zehn bis zwölf Billionen Dollar wert. «Ich möchte dieses Geld und diese Vermögenswerte nicht Putin geben, damit er sie mit China teilt.» Graham sagte gegenüber dem Fernsehkanal, der Ukraine müsse geholfen werden, den Krieg gegen Russland zu gewinnen. Die USA könnten es sich «nicht leisten», ihn zu verlieren.

Die US-Vizepräsidentin und Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris hatte im Februar auf der Münchener Sicherheitskonferenz betont, die Rolle der Vereinigten Staaten als globale Führungsmacht sei «von unmittelbarem Vorteil für die Amerikanerinnen und Amerikaner». Die hegemoniale Rolle fördere die Sicherheit des Heimatlandes aber auch die US-Wirtschaft. So würden Lieferketten gesichert und neue Märkte für US-Waren geöffnet. «Sie müssen verstehen, dass unser Ansatz nicht auf der Tugend der Nächstenliebe beruht. Wir gehen so vor, weil es in unserem strategischen Interesse ist.»

Anfang März 2022 hatte die «New York Times» berichtet, dass kurz vor dem russischen Einmarsch in die Ukraine 17 US-Militärexperten sich an US-Verteidigungsminister Lloyd Austin wandten und forderten, dass die USA sich den Zugang zu den seltenen Mineralien und Metallen wie Lithium sichern müssen. Die Kiewer Regierung unter Präsident Wolodymyr Selensky habe den USA 2021 den Lithiumabbau in Donbass gestattet, erläuterte der russische Jurist und ehemalige Leiter des russischen Interpol-Büros Wladimir Owtschinski in einer Analyse im September 2022. Er berief sich auf ukrainische Informationen und schrieb, die entsprechende Genehmigung für die Rohstoffgewinnung sei vom Ministerium für strategische Industrien der Ukraine erteilt worden.

Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter hatte Ende Dezember 2023 in einem ARD-Beitrag gesagt, die Europäische Union (EU) sei für ihre «Energiewende» auf das Lithium in der Ostukraine angewiesen. Die grössten Vorkommen in Europa würden im Donezk-Luhansk-Gebiet liegen. Lithium und andere Rohstoffe wie die sogenannten «Seltenen Erden» werden zu den strategischen Rohstoffen gezählt. Sie sind unter anderem notwendig, um die verkündeten Ziele westlicher Staaten umzusetzen, sich in zahlreichen Wirtschaftsbereichen von fossilen Rohstoffen unabhängig zu machen. Lithium gilt als «zentraler Rohstoff für die Energiewende». Das Metall wird für Batterien gebraucht und für Elektro-Autos. Eine Analyse deutscher Wissenschaftler, unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht im März, verweist auf die «geostrategische Bedeutung der Ressourcen», in der Ukraine, die im Westen noch unterschätzt werde.

Westliche Politiker und Journalisten unterstellen auch Russland das Kriegsziel, die ukrainischen Rohstoffe unter seine Kontrolle bringen zu wollen oder ihren Abbau durch andere zu erschweren. So schrieb die Publizistin Sonja Margolina in der «Neuen Zürcher Zeitung» (23. März), der «enorme Schatz an Rohstoffen für die E-Zukunft» sei eines der Motive für «Putins Eroberungsfeldzug». Andere Autoren meinen, Russland wolle mit den ukrainischen Ressourcen wie dem Lithium die darauf angewiesenen europäischen Staaten erneut «abhängig» machen, nachdem diese zum Teil auf russisches Erdgas und Erdöl verzichten.

Ähnlich äusserte sich Ulrich Blum vom privaten Deutschen Lithiuminstitut (Itel) Anfang Juli dieses Jahres gegenüber der Deutschen Welle (DW). Er sagte unter anderem, dass Russland den Zugriff auf die aussichtsreichsten Lithium-Lagerstätten in der Ost- und Zentralukraine anstrebe. Dann verschlechterte sich die Situation für Europa, weil es ansonsten die meisten der für die Energiewende notwendigen Mineralien aus der Ukraine beziehen könnte. Das alles lasse die Ukraine für Europa noch viel wichtiger erscheinen. «Wenn die EU eine Batterieindustrie aufbauen will, braucht sie eine freie, demokratische Ukraine.» Deshalb sei es wichtig, «Putin aus all diesen Gebieten zu vertreiben», sagte Blum.

Im Juli 2021 war Maros Sefcovic, damals Vizepräsident der EU-Kommission, nach Kiew gereist, wie die österreichische Zeitung «Die Presse» im April 2022 berichtete. «Seine Mission: Die Sicherung strategischer Rohstoffe wie Lithium, die in der Ukraine noch unangetastet im Boden ruhen.» Gemeinsam mit dem ukrainischen Ministerpräsidenten Denys Schmyhal unterzeichnete Sefcovic am 13. Juli 2021 ein Abkommen über eine strategische Rohstoffpartnerschaft. Das australische Bergbauunternehmen European Lithium mit europäischer Zweigstelle im österreichischen Wolfsberg sicherte sich Ende 2021 zwei vielversprechende Lithium-Lagerstätten in der Ukraine und wäre damit zum grössten Lithium-Anbieter in Europa geworden. Quelle: <https://www.hintergrund.de/kurzmeldung/us-senator-duerfen-ukrainische-rohstoffe-nicht-putin-ueberlassen/>



Dmitry Polyanskiy

...

Unfortunately there is nothing to celebrate with the adoption of the **#pactofthefuture** by the UN today. The UN trampled on its own principles to please a group of delegations from the “beautiful garden” that usurped negotiations from the outset. And the majority from the “jungle” like a herd simply didn’t have the guts to protest and stand for their rights. And it will be the one which will bear the consequences. As a result there was no inclusive negotiation process in normal meaning of this term. The new PGA tried to save the situation but it was too late.

The pact is unbalanced and contains very dangerous provisions which will backfire and undermine multilateralism and intergovernmental nature of the UN upheld by the UN Charter. It’s a huge blow to the organisation as a whole.

United Nations @UN · Sep 22

NEWS: The Pact for the Future has been adopted by member countries by consensus at UN Headquarters in New York.

The adoption will help pave the way for greater international cooperation for #OurCommonFuture.



4:56 PM · Sep 22, 2024 · 88.6K Views

Leider gibt es mit der Verabschiedung des **#pactofthefuture** durch die UN heute nichts zu feiern. Die UNO hat ihre eigenen Prinzipien mit Füssen getreten, um einer Gruppe von Delegationen aus dem «schönen Garten» zu gefallen, die die Verhandlungen von Anfang an an sich gerissen hat. Und die Mehrheit aus dem «Dschungel» hatte wie eine Herde einfach nicht den Mut, zu protestieren und für ihre Rechte einzustehen. Und sie wird es sein, die die Konsequenzen tragen wird. Infolgedessen gab es keinen inklusiven Verhandlungsprozess im normalen Sinn dieses Wortes. Die neue PGA hat versucht, die Situation zu retten, aber es war zu spät.

Der Pakt ist unausgewogen und enthält sehr gefährliche Bestimmungen, die nach hinten losgehen und den Multilateralismus und den zwischenstaatlichen Charakter der UNO, wie er in der UN-Charta verankert ist, untergraben werden. Das ist ein schwerer Schlag für die Organisation als Ganzes.

Die UN twitterte am 22. September:

NEWS: Der Pakt für die Zukunft wurde von den Mitgliedsländern im Konsens am UN-Hauptsitz in New York angenommen.

Die Verabschiedung wird dazu beitragen, den Weg für eine stärkere internationale Zusammenarbeit für #OurCommonFuture zu ebnen.

Quelle: <https://uncutnews.ch/der-pakt-fuer-die-zukunft-zeigt-dass-die-un-generalversammlung-zum-werkzeug-geworden-ist-um-die-interessen-des-westens-durchzusetzen/>

US-Marine war kurz vor Nord-Stream-Zerstörung mit abgeschaltetem Transponder am Tatort

RT Deutsch, Do, 03 Okt 2024 16:52 UTC

«Politiken», eine der grössten Zeitungen Dänemarks, hat Aussagen des Hafenmeisters von Christiansø veröffentlicht, die ein Anbringen von Sprengsätzen durch einen Schiffsverband der US-Marine nahelegen. Diese seien später aus der Ferne ausgelöst worden.

Wenige Tage vor den Explosionen, die die beiden russisch-deutschen, auf dem Boden der Ostsee verlegten Erdgaspipelines Nord Stream 1 und 2 zerstörten, waren Kriegsschiffe der US-Marine unmittelbar vor Ort. Dabei hatten sie ihre Transponder abgeschaltet – und als der Hafenmeister von Christiansø zu ihnen ausfuhr, weil er darauf aufmerksam wurde und von Havarien ausgehen musste, forderte die US-Marine ihn zur sofortigen Umkehr auf.

Dies schreibt die Zeitung «Politiken», eines der wichtigsten Blätter Dänemarks.

Christiansø ist eine Insel im gleichnamigen Archipel, der auch Ertholmen genannt wird, ist der östlichste Punkt Dänemarks und liegt unweit der Insel Bornholm, an der beide Nord-Stream-Stränge verlaufen. Auf die Aussage des dortigen Hafenmeisters John Anker Nielsen verweist Politiken wie folgt:

«Vier oder fünf Tage vor den Nord-Stream-Explosionen war er mit dem Rettungsdienst von Christiansø unterwegs, weil dort einige Schiffe mit abgeschaltetem Funk standen. Es stellte sich heraus, dass es Schiffe der US-Marine waren. Und als der Rettungsdienst sich ihnen näherte, wurde er vom Marinekommando aufgefordert, umzukehren.



© Danish Defence / Sputnik

Bekannt ist, dass die Explosionen sich drei Monate nach dem Ende der NATO-Marineübung BALTOPS 22 ereigneten, an denen unter anderem ein Schiffsverband um die USS Kearsarge, ein amphibisches Angriffs-schiff der US-Marine, beteiligt war.

Wie alle Schiffe der Wasp-Klasse besitzt die Kearsarge ein Weldeck, das theoretisch zum Abfeuern von Torpedos, vor allem jedoch zum Start und zur Aufnahme von Landungs- und Luftkissenbooten, aber auch Unterwasserdrohnen dient.

Gerade Tests unbemannter Unterwasservehikel (UUV) waren aber einer der erklärten Zwecke der Marine-übung gerade für die US-Kriegsmarine. Neben derartigen Fahrzeugen zur Seeminaufklärung und -räumung, die erklärtermassen bei BALTOPS 22 erprobt wurden, verfügen NATO-Staaten auch über solche Unterwasserdrohnen, die selbst entweder leicht zum Tragen von Seeminen oder ähnlich schweren Spreng-sätzen umgerüstet werden können oder von vornherein dafür ausgelegt sind.

Zur Zerstörung der gut geschützten Nord-Stream-Pipelines ausreichend grosse Sprengsätze könnten von Modellen wie dem D19 des französischen Herstellers Naval Group getragen werden, dem LDUUV Snakehead, das vom Naval Undersea Warfare Center der US-Marine entwickelt wurde (das NUWC war an BALTOPS22 beteiligt), sowie nicht zuletzt dem von Boeing entwickelten XLUUV Orca, das als autonomes beziehungsweise ferngesteuertes dieselelektrisches U-Boot von Abmessungen und Gewicht her dennoch gut ins Weldeck der Kearsarge passt, explizit zum Tragen von Seeminen ausgelegt ist und ausgerechnet im Sommer 2022 Erprobungen unterzogen werden sollte. Auch in Norwegen wird seit geraumer Zeit in diesem Bereich gearbeitet – der Hersteller Kongsegg hat mehrere entsprechende Gewichtsklasse anzubie-ten.

Auch einen Einsatz von Kampf- und Sprengtauchern in einem Massstab, wie es für die Sprengung der stahlbetonbewehrten, in den Meeresgrund vergrabenen Erdgasrohre erforderlich wäre, kann die Kearsarge sehr leicht unterstützen. Denn auf ihr und den von ihr tragbaren Booten finden die vielen dafür nötigen Ge-räte und das viele Personal locker Platz.

Eine derartige Hergangsversion legte der US-Investigativjournalist Seymour Hersh im Frühjahr 2023 vor. Ihm zufolge wurden Sprengsätze, die die US-Marine im Sommer 2022 während BALTOPS 22 gelegt hatte, dann im Herbst desselben Jahres von den norwegischen Streitkräften ferngezündet.

Zurück zum Hafenmeister von Christiansø: In der Tat wurde er im Rahmen der Ermittlungen Dänemarks zur Nord-Stream-Sabotage persönlich von der dänischen Polizei befragt. Diese sei im Januar 2023 in Christiansø aufgeschlagen und habe gefragt, ob Bilder von Ausflugsjachten einer bestimmten Marke vorlie-gen, schreibt «Politiken». Es scheint den Beamten um die Jacht Andromeda der Marke Bavaria gegangen zu sein, von der aus laut der im Westen präferierten Version eine kleine Rotte ukrainischer Hobbytaucher die Sabotage begangen haben soll.

Doch wie auch Hersh hält Nielsen diese Arbeitshypothese für wenig glaubwürdig. «Politiken» hierzu:

«Seit sieben Generationen lebt die Familie des Hafenmeisters auf Christiansø und weiss alles über die Wetter- und Windverhältnisse in der Ostsee. Aus diesem Grund würdigt er die Theorie von einer Jacht und einem Häufchen Ukrainer, die bis zu 80 Meter tief getaucht sein sollen, keiner besonderen Beachtung.»
 Quelle: <https://de.sott.net/article/36168-US-Marine-war-kurz-vor-Nord-Stream-Zerstorung-mit-abgeschaltetem-Transponder-am-Tatort>

Hauptursache für Ukraine-Krieg ist der vom Westen angestrebte NATO-Beitritt der Ukraine.

Dass Russland in die Ukraine einmarschiert ist und den Krieg begonnen hat, steht ausser Frage. Doch die Hauptursache des Konflikts ist das 2021 bekräftigte NATO-Ansinnen, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen – worauf sogar die Worte von Jens Stoltenberg, bis zum 1. Oktober NATO-Generalsekretär, verweisen.

Von John J. Mearsheimer, Veröffentlicht am 7. Oktober 2024 von TE.

Die Frage, wer für den Krieg in der Ukraine verantwortlich zeichnet, wird seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 sehr kontrovers diskutiert.

Die Antwort auf diese Frage ist von enormer Bedeutung, denn der Krieg war aus verschiedenen Gründen eine Katastrophe, von denen der wichtigste der ist, dass die Ukraine praktisch zerstört wurde. Sie hat zudem einen beträchtlichen Teil ihres Territoriums verloren und wird wahrscheinlich noch mehr verlieren. Ihre Wirtschaft liegt in Trümmern. Eine riesige Zahl von Ukrainern wurde intern vertrieben oder ist aus dem Land geflohen. Und sie hat Hunderttausende von Opfern zu beklagen.

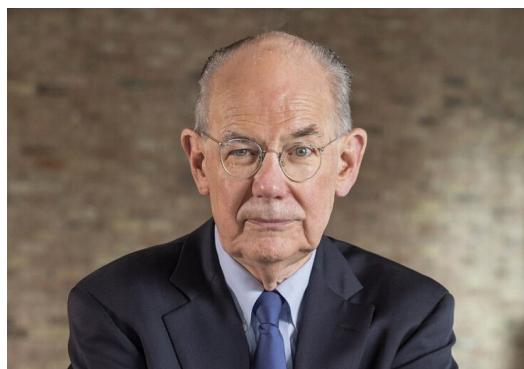
Natürlich hat auch Russland einen hohen Blutzoll gezahlt. Auf strategischer Ebene sind die Beziehungen zwischen Russland und Europa, ganz zu schweigen von Russland und der Ukraine, auf absehbare Zeit vergiftet. Das bedeutet, dass die Gefahr eines grösseren Krieges in Europa auch dann noch bestehen wird, wenn der Krieg in der Ukraine ein «eingefrorenes» Stadium erreicht.

Wer die Verantwortung für diese Katastrophe trägt, ist eine Frage, die nicht so schnell verschwinden wird, sondern eher noch an Bedeutung gewinnen dürfte, je mehr Menschen das Ausmass der Katastrophe bewusst wird.

Die gängige Meinung im Westen ist, dass Wladimir Putin für den Krieg in der Ukraine verantwortlich ist. Die Invasion zielte darauf ab, die gesamte Ukraine zu erobern und sie zu einem Teil eines grösseren Russlands zu machen, so die Argumentation. Sobald dieses Ziel erreicht sei, würden die Russen ein Imperium in Ost-europa errichten, ähnlich wie es die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg getan habe.

Daher stelle Putin letztlich eine Bedrohung für den Westen dar, der man mit aller Macht begegnen muss. Kurz gesagt, Putin ist ein Imperialist mit einem Masterplan, der sich nahtlos in die reiche russische Tradition einfügt.

Die alternative Argumentation, mit der ich mich identifiziere und die im Westen eindeutig nur von einer Minderheit vertreten wird, lautet, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten den Krieg provoziert haben. Damit soll natürlich nicht geleugnet werden, dass Russland in die Ukraine einmarschiert ist und den Krieg begonnen hat. Die Hauptursache des Konflikts ist jedoch das (bereits 2008 vorgetragene und 2021 bekräftigte) NATO-Ansinnen, die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Dies sehen praktisch alle russischen Führer als existenzielle Bedrohung an, die aus der Welt geschafft werden muss.



John J. Mearsheimer; Quelle: Website von John J. Mearsheimer

Die NATO-Erweiterung ist jedoch Teil einer umfassenderen Strategie, die darauf abzielt, die Ukraine zu einem westlichen Bollwerk an Russlands Grenze zu machen. Ein Beitritt Kiews zur Europäischen Union (EU)

und die Förderung einer farbigen Revolution in der Ukraine – die Umwandlung des Landes in eine pro-westliche liberale Demokratie – sind die beiden anderen Säulen dieser Politik.

Die russische Führung fürchtet alle drei Bereiche, aber am meisten fürchtet sie die NATO-Erweiterung. Um dieser Bedrohung zu begegnen, hat Russland am 24. Februar 2022 einen Präventivkrieg begonnen.

Die Debatte darüber, wer den Ukraine-Krieg verursacht hat, ist kürzlich aufgeflammt, als zwei prominente westliche Politiker – der ehemalige US-Präsident Donald Trump und der prominente britische Abgeordnete Nigel Farage – das Argument vorbrachten, dass die NATO-Erweiterung die treibende Kraft hinter dem Konflikt sei. Es überrascht nicht, dass ihre Äusserungen von den Verfechtern der konventionellen Meinung mit einem heftigen Gegenangriff beantwortet wurden.

Es ist auch erwähnenswert, dass Jens Stoltenberg, bis zum 1. Oktober NATO-Generalsekretär, im vergangenen Jahr zweimal sagte, dass «Präsident Putin diesen Krieg begonnen hat, weil er die Tür der NATO schlossen und der Ukraine das Recht verweigern wollte, ihren eigenen Weg zu wählen».

Kaum jemand im Westen hat dieses bemerkenswerte Eingeständnis des NATO-Chefs in Frage gestellt, und er hat es auch nicht zurückgezogen.

Mein Ziel ist es, einen Überblick über die wichtigsten Punkte zu geben, die die Ansicht stützen, dass Putin nicht in die Ukraine einmarschiert ist, weil er ein Imperialist ist, der die Ukraine zu einem Teil eines grösseren Russlands machen will, sondern vor allem wegen der NATO-Erweiterung und der Bemühungen des Westens, die Ukraine zu einer westlichen Hochburg an der Grenze Russlands zu machen.

Die 7 wichtigsten Gründe für die Ablehnung der vorherrschenden Meinung

Erstens gibt es schlicht und ergreifend keine Beweise aus der Zeit vor dem 24. Februar 2022, dass Putin die Ukraine erobern und in Russland eingliedern wollte. Vertreter der gängigen Meinung können keine Schriftstücke oder Aussagen von Putin nennen, die darauf hindeuten, dass er die Ukraine erobern wollte. Wenn man sie zu diesem Punkt befragt, liefern die Verfechter der konventionellen Meinung Hinweise, die wenig oder gar nichts mit Putins Motiven für die Invasion der Ukraine zu tun haben. Einige betonen zum Beispiel, dass er gesagt habe, die Ukraine sei ein «künstlicher Staat» oder kein «echter Staat». Solche un durchsichtigen Äusserungen sagen jedoch nichts über die Gründe für seinen Kriegseintritt aus.

Dasselbe gilt für Putins Aussage, er betrachte Russen und Ukrainer als «ein Volk» mit einer gemeinsamen Geschichte. Andere weisen darauf hin, dass er den Zusammenbruch der Sowjetunion als «die grösste geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts» bezeichnete. Aber Putin sagte auch: «Wer die Sowjetunion nicht vermisst, hat kein Herz. Wer sie zurückhaben will, hat kein Hirn.»

Andere wiederum verweisen auf eine Rede, in der er erklärte: «Die moderne Ukraine wurde vollständig von Russland geschaffen, genauer gesagt, vom bolschewistischen, kommunistischen Russland.» Aber das ist kaum ein Beweis dafür, dass er an der Eroberung der Ukraine interessiert war.

Ausserdem sagte er in der gleichen Rede: «Natürlich können wir die Ereignisse der Vergangenheit nicht ändern, aber wir müssen sie zumindest offen und ehrlich zugeben.»

Um zu beweisen, dass Putin die gesamte Ukraine erobern und Russland einverleiben wollte, muss man nachweisen, dass er 1) dieses Ziel für erstrebenswert hielt, 2) es für machbar hielt und 3) die Absicht hatte, dieses Ziel zu verfolgen. Es gibt in den öffentlichen Aufzeichnungen [aber] keine Beweise dafür, dass Putin erwog, geschweige denn beabsichtigte, die Ukraine als unabhängigen Staat zu beenden und sie zu einem Teil Grossrusslands zu machen, als er am 24. Februar 2022 seine Truppen in die Ukraine schickte.

Tatsächlich gibt es erhebliche Beweise dafür, dass Putin die Ukraine als unabhängiges Land anerkannte. In seinem bekannten Artikel vom 12. Juli 2021 über die russisch-ukrainischen Beziehungen, der von Befürwortern der konventionellen Meinung oft als Beweis für seine imperialen Ambitionen angeführt wird, sagt er dem ukrainischen Volk:

«Ihr wollt einen eigenen Staat gründen: Ihr seid willkommen!»

Zur Frage, wie Russland die Ukraine behandeln sollte, schreibt er:

«Es gibt nur eine Antwort: Mit Respekt.»

Er schliesst seinen langen Artikel mit den folgenden Worten ab:

«Und wie die Ukraine aussehen wird – das müssen ihre Bürger entscheiden.»

Diese Aussagen stehen im direkten Widerspruch zu der Behauptung, Putin wolle die Ukraine in ein grösseres Russland eingliedern.

In demselben Artikel vom 12. Juli 2021 und erneut in einer wichtigen Rede am 21. Februar 2022 betonte Putin, dass Russland «die neue geopolitische Realität, die nach der Auflösung der UdSSR entstanden ist», akzeptiere. Diesen Punkt wiederholte er ein drittes Mal am 24. Februar 2022, als er ankündigte, Russland werde in die Ukraine einmarschieren.

Insbesondere erklärte er: «Wir haben nicht vor, ukrainisches Territorium zu besetzen.» Und er machte deutlich, dass er die ukrainische Souveränität respektiere, allerdings nur bis zu einem gewissen Punkt:

«Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es sich einer ständigen Bedrohung durch das Territorium der heutigen Ukraine ausgesetzt sieht.»

Das heisst, Putin war nicht daran interessiert, die Ukraine zu einem Teil Russlands zu machen, sondern er wollte sicherstellen, dass sie nicht zu einem «Sprungbrett für westliche Aggressionen gegen Russland wird. Zweitens gibt es keinerlei Hinweise dafür, dass Putin eine Marionettenregierung für die Ukraine vorbereitete, in Kiew prorussische Führungspersönlichkeiten aufbaute oder irgendwelche politischen Massnahmen verfolgte, die eine Besetzung des gesamten Landes und dessen letztendliche Eingliederung in Russland ermöglichen würden.

Diese Fakten widersprechen der Behauptung, Putin sei daran interessiert gewesen, die Ukraine von der Landkarte zu tilgen.

Drittens: Putin hatte nicht annähernd genug Truppen, um die Ukraine zu erobern. Beginnen wir mit den Gesamtzahlen. Ich schätze seit langem, dass die Russen mit höchstens 190'000 Soldaten in die Ukraine einmarschiert sind. General Oleksandr Syrskyi, der derzeitige Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, sagte kürzlich in einem Interview mit «The Guardian», dass die russische Invasionstruppe nur 100'000 Mann stark war.

«The Guardian» hatte diese Zahl bereits vor Beginn des Krieges genannt. Es ist unmöglich, dass eine Truppe von 100'000 oder 190'000 Mann die gesamte Ukraine erobern, besetzen und in ein Grossrussland eingliedern könnte.

Man bedenke, dass die Wehrmacht beim deutschen Überfall auf die westliche Hälfte Polens im September 1939 etwa 1,5 Millionen Mann zählte. Die Ukraine ist geografisch mehr als dreimal so gross wie die westliche Hälfte Polens im Jahr 1939, und in der Ukraine lebten im Jahr 2022 fast doppelt so viele Menschen wie in Polen zum Zeitpunkt des deutschen Überfalls.

Wenn wir die Schätzung von General Syrskyi akzeptieren, dass Truppen mit 100'000 russischen Soldaten im Jahr 2022 in die Ukraine einmarschierten, bedeutet dies, dass Russland über eine Invasionsstreitmacht verfügte, die ein Fünfzehntel der Grösse der deutschen Streitkräfte hatte, die in Polen einmarschiert waren. Und diese kleine russische Armee marschierte in ein Land ein, das sowohl territorial als auch von der Bevölkerungszahl her viel grösser war als Polen.

Abgesehen von den Zahlen stellt sich die Frage nach der Qualität der russischen Armee. Zunächst einmal handelte es sich um eine militärische Streitkraft, die in erster Linie dazu bestimmt war, Russland vor einer Invasion zu schützen. Es handelte sich nicht um eine Armee, die für eine Grossoffensive zur Eroberung der gesamten Ukraine, geschweige denn zur Bedrohung des übrigen Europas, gerüstet war.

Ausserdem liess die Qualität der Kampftruppen zu wünschen übrig, da die Russen nicht mit einem Krieg rechneten, als sich die Krise im Frühjahr 2021 zuzuspitzen begann. Daher hatten sie kaum Gelegenheit, eine qualifizierte Invasionstruppe auszubilden. Sowohl qualitativ als auch quantitativ war die russische Invasionstruppe nicht annähernd mit der deutschen Wehrmacht der späten 1930er und frühen 1940er Jahre vergleichbar.

Man könnte argumentieren, dass die russische Führung dachte, das ukrainische Militär sei so klein und so unterlegen, dass ihre Armee die ukrainischen Streitkräfte leicht besiegen und das ganze Land erobern könnte. Tatsächlich aber wussten Putin und seine Leutnants sehr wohl, dass die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten das ukrainische Militär seit Ausbruch der Krise am 22. Februar 2014 bewaffnet und ausgebildet hatten.

Die grosse Befürchtung Moskaus war, dass die Ukraine de facto Mitglied der NATO werden würde. Ausserdem beobachteten die russischen Führer, wie die ukrainische Armee, die grösser war als ihre Invasionstruppen, zwischen 2014 und 2022 im Donbass erfolgreich kämpfte.

Ihnen war sicherlich klar, dass das ukrainische Militär kein Papiertiger war, der schnell und entschlossen besiegt werden konnte, zumal es über eine starke Rückendeckung durch den Westen verfügte.

Schliesslich waren die Russen im Lauf des Jahres 2022 gezwungen, ihre Armee aus der Oblast Charkiw und aus dem westlichen Teil der Oblast Cherson abzuziehen. Damit gab Moskau Gebiete auf, die seine Armee in den ersten Tagen des Krieges erobert hatte. Es steht ausser Frage, dass der Druck der ukrainischen Armee eine Rolle dabei spielte, den russischen Rückzug zu erzwingen.

Vor allem aber erkannten Putin und seine Generäle, dass sie nicht über genügend Kräfte verfügten, um das gesamte Gebiet, das ihre Armee in Charkiw und Cherson erobert hatte, zu halten. Also zogen sie sich zurück und schufen besser kontrollierbare Verteidigungspositionen. Dies ist kaum das Verhalten, das man von einer Armee erwarten würde, die aufgebaut und ausgebildet wurde, um die gesamte Ukraine zu erobern und zu besetzen.

Tatsächlich war sie für diesen Zweck nicht konzipiert und konnte daher diese Herkulesaufgabe nicht bewältigen.

Viertens: In den Monaten vor Kriegsbeginn versuchte Putin, eine diplomatische Lösung für die sich anbahnende Krise zu finden.

Am 17. Dezember 2021 sandte Putin ein Schreiben an Präsident Joe Biden und NATO-Chef Stoltenberg, in dem er eine Lösung der Krise auf der Grundlage einer schriftlichen Garantie vorschlug. Diese bestand darin, dass 1) die Ukraine der NATO nicht beitreten würde, 2) keine Angriffswaffen in der Nähe der russi-

schen Grenzen stationiert würden und 3) die seit 1997 nach Osteuropa verlegten NATO-Truppen und -Ausrüstung nach Westeuropa zurückverlegt würden.

Was auch immer man von der Machbarkeit einer Einigung auf der Grundlage von Putins Eröffnungsforderrungen halten mag, über die die Vereinigten Staaten keine Verhandlungen führen wollten, es zeigt, dass er versuchte, einen Krieg zu vermeiden.

Fünftens: Unmittelbar nach Beginn des Krieges hat Russland der Ukraine die Hand gereicht, um Verhandlungen zur Beendigung des Krieges und zur Ausarbeitung eines Modus Vivendi zwischen den beiden Ländern aufzunehmen.

Die Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau begannen in Weissrussland nur vier Tage nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Diese weissrussische Schiene wurde schliesslich durch eine israelische und eine Istanbuler Schiene ersetzt. Alle verfügbaren Beweise deuten darauf hin, dass Russland ernsthaft verhandelte und nicht an der Übernahme ukrainischen Territoriums interessiert war – mit Ausnahme der Krim, die es 2014 annexiert hatte, und möglicherweise des Donbass.

Die Verhandlungen endeten, als die Ukrainer auf Drängen Grossbritanniens und der Vereinigten Staaten die Verhandlungen abbrachen, die zum Zeitpunkt ihrer Beendigung gute Fortschritte gemacht hatten.

Darüber hinaus berichtet Putin, dass er, als die Verhandlungen stattfanden und Fortschritte machten, gebeten wurde, als Geste des guten Willens die russischen Truppen aus dem Gebiet um Kiew abzuziehen, was er am 29. März 2022 tat. Keine westliche Regierung und kein ehemaliger Politiker hat diese Behauptung Putins angefochten, die in direktem Widerspruch zu der Behauptung steht, er wolle die gesamte Ukraine erobern.

Sechstens: Abgesehen von der Ukraine gibt es nicht den geringsten Hinweis darauf, dass Putin die Eroberung anderer osteuropäischer Länder ins Auge gefasst hat.

Ausserdem ist die russische Armee nicht einmal gross genug, um die gesamte Ukraine zu überrennen, ganz zu schweigen von dem Versuch, die baltischen Staaten, Polen und Rumänien zu erobern. Ausserdem sind alle diese Länder NATO-Mitglieder, was mit ziemlicher Sicherheit einen Krieg mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten bedeuten würde.

Siebtens: Kaum jemand im Westen behauptete, Putin habe imperiale Ambitionen, seit er im Jahr 2000 die Macht übernahm, bis zum Beginn der Ukraine-Krise am 22. Februar 2014. Zu diesem Zeitpunkt wurde er dann aber plötzlich zum imperialen Aggressor. Warum? Weil die westlichen Staats- und Regierungschefs einen Grund brauchten, ihm die Schuld für die Krise zu geben.

Der wohl beste Beweis dafür, dass Putin in den ersten vierzehn Jahren seiner Amtszeit nicht als ernsthafte Bedrohung angesehen wurde, ist die Tatsache, dass er auf dem NATO-Gipfel im April 2008 in Bukarest ein geladener Guest war, auf dem das Bündnis bekannt gab, dass die Ukraine und Georgien schliesslich Mitglieder werden würden.

Putin war natürlich erzürnt über diese Entscheidung und machte seinem Unmut Luft. Sein Widerstand gegen diese Ankündigung hatte jedoch kaum Auswirkungen auf Washington, da das russische Militär als zu schwach eingeschätzt wurde, um eine weitere NATO-Erweiterung zu verhindern – so wie es auch bei den Erweiterungswellen von 1999 und 2004 zu schwach gewesen war, um sie aufzuhalten.

Der Westen glaubte, er könne Russland die NATO-Erweiterung noch einmal aufzwingen.

Ausserdem war die NATO-Erweiterung vor dem 22. Februar 2014 nicht darauf ausgerichtet, Russland einzudämmen. Angesichts des traurigen Zustands der russischen Militärmacht war Moskau nicht in der Lage, die Ukraine zu erobern, geschweige denn eine revanchistische Politik in Osteuropa zu verfolgen.

Der ehemalige US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, der ein entschiedener Verfechter der Ukraine und scharfer Kritiker Putins ist, stellt bezeichnenderweise fest, dass die Einnahme der Krim durch Russland im Jahr 2014 vor Ausbruch der Krise nicht geplant gewesen sei; es sei eine impulsive Reaktion auf den Putsch, durch den der prorussischen Führer der Ukraine gestürzt wurde, gewesen.

Kurz gesagt, die NATO-Erweiterung war nicht dazu gedacht, eine russische Bedrohung einzudämmen, weil der Westen nicht glaubte, dass es eine solche gab.

Erst als im Februar 2014 die Ukraine-Krise ausbrach, begannen die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten plötzlich, Putin als gefährlichen Führer mit imperialen Ambitionen und Russland als ernsthafte militärische Bedrohung zu beschreiben, die die NATO eindämmen müsse.

Dieser abrupte Wechsel der Rhetorik sollte einem wesentlichen Zweck dienen: Dem Westen die Möglichkeit zu geben, Putin für die Krise verantwortlich zu machen und den Westen von der Verantwortung freizusprechen. Es überrascht nicht, dass diese Darstellung Putins nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 deutlich an Zugkraft gewann.

Eine Abweichung von der gängigen Meinung ist noch erwähnenswert. Einige argumentieren, dass die Entscheidung Moskaus, in die Ukraine einzumarschieren, wenig mit Putin selbst zu tun habe und stattdessen Teil einer expansionistischen Tradition [in Russland] sei, die lange vor Putin bestanden habe und tief in der russischen Gesellschaft verwurzelt sei.

Dieser Hang zur Aggression, der angeblich von inneren Kräften und nicht von Russlands äusserem Bedrohungsumfeld angetrieben wird, habe im Laufe der Zeit praktisch alle russischen Führer dazu gebracht, sich ihren Nachbarn gegenüber gewalttätig zu verhalten.

Es lasse sich nicht leugnen, dass Putin in dieser Geschichte das Sagen hat oder dass er Russland in den Krieg geführt hat, aber es heisst, dass er wenig Einfluss habe. Fast jeder andere russische Führer hätte genauso gehandelt.

Es gibt jedoch zwei Probleme mit diesem Argument. Erstens ist es nicht widerlegbar, da der langjährige Charakterzug in der russischen Gesellschaft, der diesen aggressiven Impuls hervorrufe, nie identifiziert wurde. Es heisst, die Russen seien schon immer aggressiv gewesen – egal, wer an der Macht ist – und würden es auch immer sein. Es ist fast so, als ob diese Aggressivität in ihrer DNA läge.

Die gleiche Behauptung wurde einst über die Deutschen aufgestellt, die im 20. Jahrhundert oft als angeborene Aggressoren dargestellt wurden. Derartige Argumente werden aber in der akademischen Welt aus gutem Grund nicht ernst genommen.

Ausserdem bezeichnete zwischen 1991 und 2014, als die Ukraine-Krise ausbrach, kaum jemand in den Vereinigten Staaten oder Westeuropa Russland als von Natur aus aggressiv. Ausserhalb Polens und der baltischen Staaten wurde die Angst vor russischer Aggression in diesen 24 Jahren nicht häufig geäussert, was man aber erwarten würde, wenn die Russen zu Aggressionen veranlagt wären.

Es scheint klar, dass das plötzliche Auftauchen dieser Argumentation eine bequeme Ausrede war, um Russland die Schuld für den Ukraine-Krieg zu geben.

Angestrebte NATO-Erweiterung als Hauptursache für den Ukraine-Krieg

Die drei Hauptgründe dafür, dass die proklamierte NATO-Erweiterung um die Ukraine die Hauptursache darstellt für den Einmarsch Moskaus in die Ukraine, sind folgende:

Erstens sagten russische Führer aller Art vor Kriegsbeginn wiederholt, dass sie die NATO-Erweiterung in die Ukraine als eine existentielle Bedrohung betrachten, die beseitigt werden müsse.

Putin hat diese Argumentation bereits vor dem 24. Februar 2022 mehrfach öffentlich vorgetragen. In einer Rede vor dem Vorstand des Verteidigungsministeriums am 21. Dezember 2021 erklärte er:

«Was sie in der Ukraine tun oder versuchen oder planen, findet nicht Tausende von Kilometern entfernt von unserer Landesgrenze statt. Es geschieht direkt vor unserer Haustür. Sie müssen verstehen, dass wir uns einfach nirgendwohin mehr zurückziehen können. Glauben Sie wirklich, dass wir diese Bedrohungen nicht wahrnehmen? Oder glauben Sie, dass wir tatenlos zusehen werden, wie Bedrohungen für Russland entstehen?»

Zwei Monate später, auf einer Pressekonferenz am 22. Februar 2022, nur wenige Tage vor Kriegsbeginn, sagte Putin:

«Wir sind kategorisch gegen einen NATO-Beitritt der Ukraine, weil dies eine Bedrohung für uns darstellt, und wir haben Argumente, die dies unterstützen. Ich habe in diesem Saal wiederholt darüber gesprochen.» Dann machte er deutlich, dass er begreift, dass die Ukraine ein Defacto-Mitglied der NATO werde. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten, sagte er, «pumpen die derzeitigen Kiever Machthaber weiterhin mit modernen Waffentypen voll». Er fuhr fort, dass Moskau, wenn dies nicht gestoppt werde, «mit einem bis an die Zähne bewaffneten Antirussland dastehen würde. Das ist völlig inakzeptabel.»

Auch andere führende russische Politiker – darunter der Verteidigungsminister, der Aussenminister, der stellvertretende Aussenminister und der russische Botschafter in Washington – betonten die zentrale Bedeutung der NATO-Erweiterung als Auslöser der Ukraine-Krise.

Aussenminister Sergej Lawrow brachte es auf einer Pressekonferenz am 14. Januar 2022 auf den Punkt: «Der Schlüssel zu allem ist die Garantie, dass die NATO nicht nach Osten expandieren wird.»

Man hört oft das Argument, die russischen Befürchtungen seien unbegründet, weil es keine Chance gebe, dass die Ukraine dem Bündnis in absehbarer Zukunft beitreten würde, wenn überhaupt. Tatsächlich wird behauptet, die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten hätten der Aufnahme der Ukraine in die NATO vor dem Krieg wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Und selbst wenn die Ukraine dem Bündnis beitreten würde, wäre dies keine existentielle Bedrohung für Russland, da die NATO ein Verteidigungsbündnis ist. Daher könne die NATO-Erweiterung weder eine Ursache der ursprünglichen Krise gewesen sein, die im Februar 2014 ausbrach, noch des Krieges, der im Februar 2022 begann.

Diese Argumentation ist jedoch falsch. Tatsächlich bestand die westliche Reaktion auf die Ereignisse von 2014 darin, die bestehende Strategie zu verdoppeln und die Ukraine noch näher an die NATO heranzuführen. Das Bündnis begann 2014 mit der Ausbildung des ukrainischen Militärs und bildete in den folgenden acht Jahren durchschnittlich 10'000 Soldaten pro Jahr aus.

Im Dezember 2017 beschloss die Trump-Regierung, Kiew mit «Verteidigungswaffen» zu versorgen. Andere NATO-Länder zogen bald nach und lieferten noch mehr Waffen an die Ukraine. Darüber hinaus begannen die ukrainische Armee, Marine und Luftwaffe, an gemeinsamen Militärübungen mit NATO-Streitkräften teilzunehmen.

Die Bemühungen des Westens, das ukrainische Militär zu bewaffnen und auszubilden, erklären zu einem grossen Teil, warum es im ersten Kriegsjahr so gut gegen die russische Armee abschnitt. Eine Schlagzeile im «Wall Street Journal» vom April 2022 lautete: «Das Geheimnis des militärischen Erfolgs der Ukraine: Jahrelange NATO-Ausbildung.»

Abgesehen von den laufenden Bemühungen des Bündnisses, das ukrainische Militär zu einer schlagkräftigeren Kampftruppe zu machen, die an der Seite der NATO-Truppen operieren kann, gab es im Westen im Lauf des Jahres 2021 eine neue Begeisterung für die Aufnahme der Ukraine in die NATO.

Gleichzeitig vollzog Präsident Selensky Anfang 2021 einen Kurswechsel und befürwortete nicht nur die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, sondern vertrat auch eine harte Linie gegenüber Moskau. Und das, obwohl er nie viel Enthusiasmus für eine Aufnahme der Ukraine in das Bündnis gezeigt hatte und im März 2019 auf der Grundlage einer Plattform gewählt wurde, die zur Zusammenarbeit mit Russland bei der Beilegung der anhaltenden Krise aufrief.

Präsident Biden, der im Januar 2021 ins Weisse Haus einzog, hatte sich seit langem für die Aufnahme der Ukraine in die NATO eingesetzt und war ein Superkriegstreiber gegen Russland. Es überrascht nicht, dass die NATO am 14. Juni 2021 auf ihrem jährlichen Gipfel in Brüssel ein Kommuniqué herausgab, in dem es hiess: «Wir bekraftigen den auf dem Gipfel von Bukarest 2008 gefassten Beschluss, dass die Ukraine Mitglied des Bündnisses wird.»

Am 1. September 2021 besuchte Selensky das Weisse Haus, wo Biden klarstellte, dass die Vereinigten Staaten «fest entschlossen» seien, «die euro-atlantischen Bestrebungen der Ukraine zu unterstützen». Am 10. November 2021 unterzeichneten Aussenminister Antony Blinken und sein ukrainischer Amtskollege Dmytro Kuleba ein wichtiges Dokument – die «Charta der strategischen Partnerschaft zwischen den USA und der Ukraine».

Das Ziel beider Parteien, so heisst es in dem Dokument, ist es, «das Engagement für die Durchführung tiefgreifender und umfassender Reformen in der Ukraine zu unterstreichen, die für eine vollständige Integration in die europäischen und euro-atlantischen Institutionen erforderlich sind». Es bekraftigt auch ausdrücklich das Engagement der USA für die «Bukarester Gipfelerklärung von 2008».

Es scheint kaum Zweifel daran zu geben, dass die Ukraine auf dem besten Weg war, bis Ende 2021 Mitglied der NATO zu werden. Dennoch argumentieren einige Befürworter dieser Politik, dass sich Moskau keine Sorgen über dieses Ergebnis hätte machen müssen, denn «die NATO ist ein Verteidigungsbündnis und stellt keine Bedrohung für Russland dar».

Aber das ist nicht die Meinung Putins und anderer russischer Politiker über die NATO, und es kommt darauf an, was sie denken. Kurz gesagt, es steht ausser Frage, dass Moskau den Beitritt der Ukraine zur NATO als eine existentielle Bedrohung ansah, die nicht hingenommen werden durfte.

Zweitens erkannte eine beträchtliche Anzahl einflussreicher und hoch angesehener Persönlichkeiten im Westen vor dem Krieg, dass die Expansion der NATO – insbesondere in die Ukraine – von der russischen Führung als tödliche Bedrohung angesehen werden und schliesslich zur Katastrophe führen würde.

William Burns, der heute die CIA leitet, aber zum Zeitpunkt des NATO-Gipfels in Bukarest im April 2008 US-Botschafter in Moskau war, verfasste ein Memo an die damalige Aussenministerin Condoleezza Rice, in dem er die russischen Überlegungen zur Aufnahme der Ukraine in die Allianz prägnant beschreibt.

«Der Beitritt der Ukraine zur NATO ist für die russische Elite (nicht nur für Putin) die klarste aller roten Linien. In den mehr als zweieinhalb Jahren, in denen ich Gespräche mit den wichtigsten russischen Akteuren geführt habe, von Scharfmachern in den dunklen Nischen des Kremls bis hin zu Putins schärfsten liberalen Kritikern, habe ich noch niemanden gefunden, der die Aufnahme der Ukraine in die NATO als etwas anderes betrachtet als eine direkte Herausforderung für die russischen Interessen.

[Die NATO] wird als ein strategischer Fehdehandschuh angesehen. Das heutige Russland wird darauf reagieren. Die russisch-ukrainischen Beziehungen würden auf Eis gelegt (...) Das würde einen fruchtbaren Boden für russische Einmischungen auf der Krim und in der Ostukraine schaffen.»

Burns war 2008 nicht der einzige westliche Entscheidungsträger, der erkannte, dass die Aufnahme der Ukraine in die NATO mit Gefahren verbunden war. Auf dem Bukarester Gipfel sprachen sich sowohl die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel als auch der französische Präsident Nicolas Sarkozy gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine aus, weil sie wussten, dass dies Russland alarmieren und verärgern würde. Merkel erklärte kürzlich ihre Ablehnung: «Ich war mir sehr sicher, (...) dass Putin das nicht einfach zulassen wird. Aus seiner Sicht wäre das eine Kriegserklärung.»

Um noch einen Schritt weiter zu gehen: Zahlreiche amerikanische Politiker und Strategen sprachen sich in den 1990er Jahren gegen die Entscheidung von Präsident Clinton aus, die NATO zu erweitern, als diese Entscheidung noch zur Debatte stand. Diesen Gegnern war von Anfang an klar, dass die russische Führung darin eine Bedrohung ihrer lebenswichtigen Interessen sehen würde und dass diese Politik letztlich in eine Katastrophe münden würde.

Die Liste der Gegner umfasst prominente Persönlichkeiten des Establishments wie George Kennan, sowohl Präsident Clintons Verteidigungsminister William Perry als auch seinen Vorsitzenden des Vereinigten Gene-

ralstabs, General John Shalikashvili, Paul Nitze, Robert Gates, Robert McNamara, Richard Pipes und Jack Matlock, um nur einige zu nennen.

Die Logik von Putins Position sollte für Amerikaner, die seit langem der Monroe-Doktrin verpflichtet sind, vollkommen verständlich sein. Diese besagt, dass keine entfernte Grossmacht ein Bündnis mit einem Land in der westlichen Hemisphäre eingehen und ihre militärischen Streitkräfte dort stationieren darf.

Die Vereinigten Staaten würden einen solchen Schritt als existenzielle Bedrohung auffassen und alles tun, um diese Gefahr zu beseitigen. Dies geschah natürlich auch während der Kubakrise 1962, als Präsident Kennedy den Sowjets klar machte, dass ihre Atomraketen aus Kuba abgezogen werden müssten. Putin ist zutiefst von derselben Logik beeinflusst. Schliesslich wollen Grossmächte nicht, dass sich entfernte Grossmächte in ihrem Hinterhof ansiedeln.

Drittens: Die zentrale Bedeutung der tiefen Angst Russlands vor einem NATO-Beitritt der Ukraine wird durch zwei Entwicklungen seit Kriegsbeginn verdeutlicht.

Während der Istanbuler Verhandlungen, die unmittelbar nach Beginn der Invasion stattfanden, machten die Russen deutlich, dass die Ukraine eine «dauerhafte Neutralität» akzeptieren müsse und der NATO nicht beitreten könne. Die Ukrainer akzeptierten die Forderung Russlands ohne ernsthaften Widerstand – sicherlich weil sie wussten, dass es sonst unmöglich wäre, den Krieg zu beenden.

In jüngerer Zeit, am 14. Juni 2024, stellte Putin zwei Forderungen, die die Ukraine erfüllen müsse, bevor er einem Waffenstillstand und der Aufnahme von Verhandlungen zur Beendigung des Krieges zustimmen würde. Eine dieser Forderungen war, dass Kiew *offiziell* erklärt, «dass es seine Pläne aufgibt, der NATO beizutreten».

Das alles ist nicht überraschend, denn Russland hat eine Ukraine in der NATO immer als existenzielle Bedrohung gesehen, die um jeden Preis verhindert werden muss. Diese Logik ist die treibende Kraft hinter dem Ukraine-Krieg.

Schliesslich ist aus der Verhandlungsposition Russlands in Istanbul sowie aus Putins Äusserungen zur Beendigung des Krieges in seiner Ansprache vom 14. Juni 2024 klar ersichtlich, dass er nicht daran interessiert ist, die gesamte Ukraine zu erobern und sie zu einem Teil eines grösseren Russlands zu machen.

Dieser Text erschien am 5. August 2024 im Original auf dem Substack-Account des Autors John Joseph Mearsheimer. Er wurde mit Genehmigung Mearsheimers von Thomas Mayer, Autor des Buches «Wahrheitssuche im Ukraine-Krieg – Um was es wirklich geht, übersetzt und von Torsten Engelbrecht redigiert.

Über John Joseph Mearsheimer: Der US-amerikanische Politikwissenschaftler von der University of Chicago wurde am 14. Dezember 1947 im New Yorker Stadtteil Brooklyn geboren. Sein Schwerpunkt ist die Analyse internationaler Beziehungen aus der Perspektive des offensiven Neorealismus, den er erstmals 2001 in seiner Monografie *«The Tragedy of Great Power Politics»* darstellte.

Quelle: Substack von John J. Mearsheimer: Who Caused the Ukraine War? - 5. August 2024

Quelle: <https://transition-news.org/hauptursache-für-ukraine-krieg-ist-der-vom-westen-angestrebte-nato-beitritt-der>

Eine Studie mit 1,7 Millionen geimpften Kindern und Jugendlichen zeigte, dass Myoperikarditis nur in den geimpften Gruppen auftrat.

Childrenshealthdefense, Oktober 7, 2024



Die vorgedruckte Beobachtungsstudie, die auf Daten des britischen Gesundheitssystems beruht, ergab ausserdem, dass der Impfstoff COVID-19 von Pfizer-BioNTech Kinder und Jugendliche nur etwa 14 bis 15 Wochen vor einem positiven Test auf das Virus schützt.

Der COVID-19-Impfstoff von Pfizer-BioNTech schützt Kinder und Jugendliche in England nur etwa 14 bis 15 Wochen vor einem positiven Test auf das Virus, so eine Vordruckstudie mit über 1,7 Millionen Kindern im Alter von 5 bis 15 Jahren im englischen Nationalen Gesundheitssystem (NHS).

Die Forscher, die die Sicherheit und Wirksamkeit des Impfstoffs bei geimpften und ungeimpften Kindern untersuchten, stellten fest, dass Myokarditis und Perikarditis nur bei den geimpften Kindern auftraten.

Brian Hooker, Ph.D., wissenschaftlicher Leiter von Children's Health Defense, kommentierte: «Die Studie zeigt, dass der Pfizer-Impfstoff Kindern kaum Nutzen bringt, aber ihr Risiko für Myokarditis und Perikarditis erhöht. Warum empfiehlt die CDC weiterhin diese Impfungen für Kinder?»

Die Studie ergab, dass geimpfte Kinder geringfügig weniger Notaufnahmehäufigkeiten und Krankenhausaufenthalte hatten, wobei diese in allen Gruppen selten waren. Es gab keine COVID-19-Todesfälle unter den Teilnehmern.

Die Impfstoffe von Pfizer wurden auf der Grundlage klinischer Studien zugelassen, die die Immunreaktion und die Wirksamkeit gegen Infektionen untersuchten, jedoch nicht den Schutz vor schweren Krankheiten oder spezifische Sicherheitsaspekte wie Myokarditis und Perikarditis bewerteten.

Um den Mangel an Schlüsseldaten aus den klinischen Studien zu beheben, erstellten Forscher aus Oxford, Harvard, der London School of Hygiene and Tropical Medicine, der University of Bristol und dem globalen Gesundheitsunternehmen TPP eine hypothetische Studie basierend auf realen Beobachtungsdaten.

Ihre Forschung bestätigte einen klaren Zusammenhang zwischen der COVID-19-Impfung und Myokarditis sowie Herzbeutelentzündung, insbesondere bei Jugendlichen. Sie stellten außerdem fest, dass bereits 2021, als der Impfstoff für Kinder und Jugendliche zugelassen wurde, diese Altersgruppe kein hohes Risiko für schwerwiegende COVID-19-Folgen wie Tod, Notfallversorgung, Krankenaufenthalte oder Intensivpflege aufwies. Seitdem hat sich dieses Risiko noch weiter verringert.

Die Untersuchung basierte auf Daten aus der OpenSAFELY-TPP-Datenbank des NHS, die 40% der englischen Hausarztpraxen abdeckt und mit nationalen Krankenhaus- und Sterberegisterdaten verknüpft ist. Diese Plattform wird durch Zuschüsse des Wellcome Trust unterstützt, dem größten Geldgeber für medizinische Forschung im Vereinigten Königreich.

Die Studie umfasste über 1,7 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 15 Jahren, ab dem 31. August 2021, dem Zeitpunkt der Impfstoffzulassung für diese Altersgruppe.

Um für die Studie in Frage zu kommen, mussten die Kinder bei einem teilnehmenden Allgemeinarzt registriert sein, die Datenbank mindestens 42 Tage lang nutzen, keine COVID-19-Infektion innerhalb von 30 Tagen nach der Impfung aufweisen und vollständige demografische Daten vorlegen. Klinisch gefährdete Kinder wurden ausgeschlossen.

Die Forscher untersuchten die Wirksamkeit der ersten Impfstoffdosis im Vergleich zu keiner Impfung und die von zwei Dosen im Vergleich zu einer einzigen Dosis. Dazu wurden geimpfte Kinder mit ungeimpften Kindern nach Alter, Geschlecht, Region, früherem COVID-19-Test und Impfstatus verglichen.

Insgesamt wurden 410'463 Jugendliche mit einer Dosis mit ungeimpften Kontrollpersonen und 220'929 Jugendliche mit zwei Dosen mit einfach geimpften Kontrollpersonen verglichen. Von den 1'262'784 Kindern im jugendlichen Teil der Studie gab es 72 Notaufnahmen, 90 COVID-19-bedingte Krankenaufenthalte – davon drei auf Intensivstationen ungeimpfter Kinder – und keine Todesfälle.

Es gab neun Fälle von Herzbeutelentzündung und drei Fälle von Herzmuskelentzündung, alle in der geimpften Gruppe. Zunächst waren die positiven COVID-19-Tests in der geimpften Gruppe geringer, aber nach 15 Wochen waren die Raten in beiden Gruppen ähnlich.

Die Inzidenz von Krankenaufenthalten war in der Gruppe mit nur einer Impfdosis etwas höher als in der Gruppe mit zwei Dosen. Hooker erklärte dies mit dem sogenannten «gesunden Impfeffekt», bei dem unerwünschte Ereignisse nach der ersten Dosis zu einer höheren Zahl von Krankenaufenthalten führen. Diese Personen erhalten dann häufig keine zweite Dosis, wodurch die Wahrscheinlichkeit für negative Reaktionen auf eine Folgedosis sinkt.

In der Altersgruppe der 5- bis 12-Jährigen wurden 177'360 Kinder mit einer Impfdosis mit ungeimpften Kontrollpersonen und 66'231 Kinder mit zwei Dosen mit Kontrollpersonen, die nur eine Dosis erhalten hatten, verglichen. In beiden Gruppen gab es keine Notfallbesuche, nur sechs COVID-19-bedingte Krankenaufenthalte und keine Todesfälle. Drei Fälle von Herzbeutelentzündung traten bei geimpften Kindern auf.

In der Gruppe mit zwei Dosen im Vergleich zu einer Dosis gab es weder Notfallbesuche noch Krankenhaus-einweisungen oder Todesfälle im Zusammenhang mit COVID-19.

Die Forscher kamen zum Schluss, dass bei Jugendlichen die Reduktion von Krankenhaus-einweisungen durch den Impfstoff höher war als das Risiko für Myokarditis und Perikarditis, während bei jüngeren Kindern das Risiko für Perikarditis das reduzierte Risiko für Krankenhaus-einweisungen überstieg.

Quelle: Study of 1.7 Million Kids and Teens Who Got Pfizer COVID Vaccine Found Myopericarditis Only in Vaxed Groups

Quelle: <https://uncutnews.ch/eine-studie-mit-17-millionen-geimpften-kindern-und-jugendlichen-zeigte-dass-myoperikarditis-nur-in-den-geimpften-gruppen-auftrat/>



Ein Artikel von Oskar Lafontaine, 7. Oktober 2024 um 9:00

Unter der Überschrift «Ein Triumph, von dem Putin kaum zu träumen wagte» veröffentlichte der Historiker Heinrich August Winkler im *Spiegel* einen Aufsatz, in welchem er CDU und SPD ermahnte, sich nicht auf die Forderung des BSW nach Friedensverhandlungen zur Beendigung des Ukrainekrieges und eine Ablehnung der Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland einzulassen. «Die deutsche Westbindung steht auf dem Spiel», zitierte der *Spiegel* Winkler, den er zu den bedeutendsten Historikern Deutschlands zählt. Von **Oskar Lafontaine**.

Um seine Warnung zu untermauern, schreibt Winkler:

«Mit der AfD verbindet das BSW die antiwestliche Ausrichtung. Beide Parteien stellen die Westbindung und damit einen wesentlichen Teil der Staatsräson der Bundesrepublik infrage. Den USA ziehen sie das Russland Putins als Partner vor. Hätten sie das Sagen in Deutschland, würde an die Stelle von Zusammenschlüssen der westlichen Demokratien, sei es in Form der NATO oder der EU, über kurz oder lang ein Arrangement mit den Diktaturen in Moskau und Peking treten.»

An diesen Sätzen stimmt so gut wie nichts, weil Winkler, dessen Hauptwerk «Der lange Weg nach Westen» heißtt, bei seinen Ausführungen den Grundfehler seiner wissenschaftlichen Arbeit wiederholt: Er setzt den Westen mit den USA gleich.

Das christliche Abendland ist nun wirklich nicht in Nordamerika entstanden, und keiner der drei Hügel, von denen es nach dem ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss seinen Ausgang genommen habe – Golgatha, die Akropolis in Athen und das Kapitol in Rom –, befindet sich in den USA, auch wenn der Sitz des US-Kongresses und des US-Senats Capitol Hill heißtt.

Auch Winklers unkritische Gegenüberstellung der westlichen Demokratien auf der einen Seite und der Diktaturen in Moskau und Peking auf der anderen ist nicht mehr zeitgemäß. Hat er jemals darüber nachgedacht, warum der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter die USA «eine Oligarchie mit unbegrenzter politischer Bestechung» und «die kriegerischste Nation der Weltgeschichte» genannt hat und warum dieses Land in den vergangenen drei Jahrzehnten, wie es der wissenschaftliche Dienst des US-Kongresses festgestellt hat, 251 militärische Interventionen in aller Welt zu verantworten hat? Westbindung als blinde US-Gefolgschaft misszuverstehen, führt zur Beteiligung Deutschlands an völkerrechtswidrigen Kriegen der Vereinigten Staaten. Auch das Desaster des Ukrainekriegs haben wir, nach der NATO-Osterweiterung, dem Putsch auf dem Majdan und der Drohung, US-Atomraketen ohne Vorwarnzeiten an der ukrainisch-russischen Grenze aufzustellen, dem grossen Bruder in Washington zu verdanken, der dem Geostrategen George Friedman zufolge seit 100 Jahren das Ziel habe, zu verhindern, dass deutsche Technik und russische Rohstoffe zusammenkommen.

Durch die Sprengung der Gasleitungen Nord Stream 1 und 2 und die Zerstörung der deutsch-russischen Beziehungen haben die USA ihr geostrategisches Ziel erreicht. Deutschland gehört nach der Ukraine zu den grossen Verlierern dieses von den USA provozierten und von Moskau gleichwohl völkerrechtswidrig begonnenen Krieges in Europa.

Entgegen den Befürchtungen eines der «bedeutendsten Historiker Deutschlands» ist das BSW für die Westbindung, für ein geeintes, selbstbewusstes Europa souveräner Demokratien und für eine europäische NATO. Solange die «kriegerischste Nation der Weltgeschichte» an ihrem Größenwahn der Weltbeherrschung festhält, muss das demokratische Europa sich selbst behaupten und als Mittler zwischen den USA, China und Russland zum Weltfrieden beitragen.

Dieser Text ist zuerst in der «Weltwoche» erschienen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=122608>

Der grüne Märchenonkel und das Minuswachstum

Bittere Wahrheit für Deutschland

Von WOLFGANG HÜBNER, 7. Oktober 2024

Jahr für Jahr, Monat für Monat hat der grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck den wirtschaftlichen Aufschwung prophezeit und beschworen. Nun hat selbst er resigniert: Der Ampelminister hat die Wachstumsprognose für das laufende Jahr 2024 nach unten auf minus 0,2 Prozent korrigiert. Ob es bei diesem Minus bleiben wird, kann bezweifelt werden. Aber Habeck wäre nicht der politische Scharlatan, der er ist, würde er nicht zugleich voraussagen, im kommenden Bundestagswahljahr werde es 1,1 Prozent Wachstum geben, 2026 sogar 1,6 Prozent. Seine Botschaft: Alles wird wieder gut, glaubt nur dem grünen Märchenonkel! Tatsächlich wird gar nichts gut. Denn Minuswachstum bedeutet auch weniger Steuereinnahmen, mehr Arbeitslose, verstärkte Abwanderung auch von mittelständischen Unternehmen ins Ausland, höhere Sozialkosten sowie höhere Staatsverschuldung. Minuswachstum verhindert die dringend notwendige Sanierung und Erneuerung der maroden Infrastruktur in Deutschland. Wo aber soll das Geld dafür herkommen, wenn für Rüstung, Kriegsfähigkeit und die bankrote Ukraine in diesem wie in den kommenden Jahren viele Milliarden Steuergelder verschwendet werden sollen?



Robert Habeck hat die Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf minus 0,2 Prozent nach unten korrigiert.

Die Ampelkoalition weiss das nicht. Sie hofft nur noch, sich irgendwie in den Herbst 2025 retten zu können. Und die Favoriten auf den Sieg bei diesen Wahlen, CDU/CSU, haben nur ein Rezept, nämlich eine breit angelegte Wohlstandsminderung für 50 Prozent und Verarmung von 40 Prozent mit weitgehender Schonung der oberen zehn Prozent. Die demagogische Diskussion um das «Bürgergeld», das tatsächlich zu grossen Teilen ein «Ukraine- und Ausländergeld» ist, zeigt schon, wo die Reise hingeht. Allerdings wäre mit einem Kanzler Habeck zumindest ein begnadeter Schönredner als Reiseführer garantiert.



Wolfgang Hübner.

PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Geopolitik, Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der «Bürger für Frankfurt» (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche Radfahrer ist über seine Facebook-Seite und seinen Telegram-Kanalerreichbar.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2024/10/der-gruene-maerchenonkel-und-das-minuswachstum/>



Ein Artikel von Wolfgang Bittner, 7. Oktober 2024

Für den 10. Oktober hat sich US-Präsident Joseph (Joe) Biden wenige Monate vor dem Ende seiner Amtszeit zu einem Abschiedsbesuch in Deutschland angesagt.^[1] Fraglich, ob er erwünscht ist, aber es ist davon auszugehen, dass er mit allen Ehren empfangen wird. Wie das Weisse Haus mitteilte, werde er führende deutsche Politiker treffen, um «die enge Verbindung der Vereinigten Staaten und Deutschland als Verbündete und Freunde weiter zu stärken und sich über gemeinsame Prioritäten abzustimmen».

Von Wolfgang Bittner.

Des weiteren heisst es, Biden wolle «das Engagement der USA und Deutschlands für Demokratie und gegen Antisemitismus und Hass bekräftigen», die «unverbrüchlichen zwischenmenschlichen Verbindungen unserer Länder stärken» und «für die Kooperation in Wirtschaft, Handel und Technologie werben». Ausserdem wolle er Deutschland seine Anerkennung für die Unterstützung der Ukraine in ihrer Abwehr der russischen Aggression, für die Aufnahme der US-Militärangehörigen und für den Beitrag zur Sicherheit der Vereinigten Staaten, Deutschlands und des gesamten NATO-Bündnisses aussprechen.^[2]

Biden wird nicht nur Berlin besuchen, sondern am 12. Oktober an einem Gipfel-Treffen der Ukraine-Kontaktgruppe auf der Luftwaffenbasis Ramstein teilnehmen, wohin die USA führende Politiker aus etwa 50 Staaten eingeladen haben.^[3] Dazu sind sie zwar nicht berechtigt, denn die US-Basis Ramstein ist kein ex-territoriales Gebiet, aber wie sich immer wieder herausstellt, benötigen die USA in Deutschland keine Genehmigungen für ihre Aktivitäten. Eingeladen ist auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, der über seinen bereits in den USA präsentierten «Siegesplan» sprechen und weitere Unterstützung mit Waffen und Geld einfordern wird.

Die USA tun, was sie wollen, und dafür steht insbesondere Joseph Biden. Bis sich zeigte, dass er allmählich dement wird, galt er als der massgebende Realpolitiker des Westens, der das Schicksal der Welt bestimmt. Aber der «gute Onkel aus Amerika» hat nun auch in Deutschland an Glanz verloren, die neue Lichtgestalt ist die von den US-Demokraten als Präsidentschaftskandidatin gegen Donald Trump aufgestellte derzeitige Vizepräsidentin Kamala Harris. Wie schon bei den Wahlen von 2016 und 2020 mischen sich auch jetzt wieder deutsche Spitzopolitiker zugunsten der Demokraten und gegen Donald Trump in höchst undiplomatischer Weise in den Wahlkampf ein.^[4] Falls Trump gewinnt, wird das Folgen haben.

Dass Joseph Biden, der fast alle Konflikte und Kriege der vergangenen Jahrzehnte als Senator, Präsidentenberater und Vizepräsident mit zu verantworten hat, 2021 Präsident der Vereinigten Staaten wurde, ist ein grosses Unglück. Ging es mit rechten Dingen zu, müsste er vor den Internationalen Gerichtshof gestellt werden. Aber die US-Regierung weiss sehr genau, warum sie dieses Gericht nicht anerkennt.

Biden verfolgte die Agenda derjenigen, die ihn ein Leben lang protegiert und in dieses Amt geschoben haben, rigoros weiter. Und augenscheinlich hält er sich an die Analyse des Politologen und langjährigen Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski, der Europa als Schachbrett ansah, auf dem die USA ihre Züge machen, und in seinem 1997 erschienenen Buch «Die einzige Weltmacht» über die Ukraine schrieb:

«Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre blosse Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr.»[5]

Insofern bewies Biden besonderen Einsatz bei der Destabilisierung und kalten Übernahme der Ukraine, wobei er von Aussenminister John Kerry, CIA-Chef John Brennan, Senator John McCain und weiteren hochrangigen US-Politikern unterstützt wurde. Wie schon bei anderen Regime Changes, Konflikten und Kriegen profitierte die US-amerikanische Führungsschicht von dem Wechsel, so auch Joe Bidens Sohn Hunter, der schon zuvor offensichtlich durch Patronage in verschiedene gut dotierte Ämter befördert worden war. Im Mai 2014, also kurz nach dem Putsch in Kiew, erhielt er einen eigens für ihn geschaffenen Vorstandsposten im Verwaltungsrat der Burisma Holdings, dem grössten nichtstaatlichen Gasproduzenten der Ukraine.[6] Weitere Vorstandsämter bei Burisma erhielten der ehemalige Wahlkampfleiter Kerrys, Devon Archer, der früher bei Merrill Lynch und J.P. Morgan tätige Investmentbanker Alan Apter sowie Polens Ex-Staatspräsident Aleksander Kwasniewski. Ihnen folgte im Februar 2016 noch Josef Kofer Black, von 1999 bis 2002 Direktor des CIA Counterterrorism Centers. Das alles geschah unter der Vizepräsidentschaft Joseph Bidens. Seinerzeit begann der ukrainische Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin wegen Interessenkollision, Korruption und Vetternwirtschaft zu ermitteln. 2018 wurde dann bekannt, dass Biden den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und Premierminister Arsenij Jazenjuk, beide Günstlinge der USA, genötigt hatte, Schokin zu entlassen.[7] Zu vermuten ist, dass die Ermittlungen den US-Vizepräsidenten und seinen Sohn schwer belastet hätten. Denn abgesehen von der Patronage hat Burisma Medienberichten zufolge 2014 und 2015 mehr als drei Millionen US-Dollar an eine Firma namens Rosemont Seneca Bohai LLC gezahlt, die bis zu 50.000 Dollar monatlich an Hunter Biden zahlte. Der wiederum war zusammen mit Christopher Heinz, dem Stiefsohn von John Kerry, Eigentümer von Rosemont Seneca Partners.[8]

Es handelte sich um eines der üblichen Beziehungs- und Korruptionsgeflechte der US-amerikanischen Führungsschicht. Daher zeigten die in die Washingtoner Obama-Clinton-Kamarilla eingebundenen Politiker und Journalisten, die eifrig wegen angeblicher Beziehungen Trumps zum Kreml polemisierten, wenig Interesse, die Vorwürfe zu überprüfen. Erst als Trump im Oktober 2020 im Wahlkampf Korruptionsvorwürfe gegen Biden erhob, kamen dessen Machenschaften in der Ukraine ans Licht. Biden reagierte empört: «Es ist der letzte Versuch in dieser verzweifelten Kampagne, mich und meine Familie zu verleumden.»[9] Lautete die Frage zuvor, warum geschäftliche Kontakte amerikanischer Politiker nach Russland ein Staatsverbrechen sein sollten, war jetzt zu fragen, warum nicht dem manifesten Korruptionsverdacht gegen den Präsidentschaftskandidaten und seinen Sohn nachgegangen wurde. Die Sache verlief im Sand. Vetternwirtschaft, Korruption, Erpressung, wohin man blickt.

Dass die USA die Bedrohung Russlands unter Benutzung der Ukraine ständig vorangetrieben haben, bestätigte Biden am 2. Oktober 2014 in einer Rede an der Harvard Kennedy School in Cambridge/Massachusetts:

«Wir haben Putin vor die einfache Wahl gestellt: Respektieren Sie die Souveränität der Ukraine oder Sie werden sich zunehmenden Konsequenzen gegenübersehen. Dadurch waren wir in der Lage, die grössten entwickelten Staaten der Welt dazu zu bringen, Russland echte Kosten aufzuerlegen. Es ist wahr, dass sie [die EU] das nicht tun wollten. Aber wiederum war es die Führungsrolle Amerikas und die Tatsache, dass der Präsident der Vereinigten Staaten darauf bestanden hat, ja, Europa des Öfteren in Verlegenheit bringen musste, um es dazu zu zwingen, sich aufzuraffen und wirtschaftliche Nachteile einzustecken, um Kosten [für Russland] verursachen zu können. Und die Folgen waren eine massive Kapitalflucht aus Russland, ein regelrechtes Einfrieren von ausländischen Direktinvestitionen, der Rubel auf einem historischen Tiefstand gegenüber dem Dollar, und die russische Wirtschaft an der Kippe zu einer Rezession.»[10]

Wie verlogen die Begründung für die Sanktionen ist, wird daran deutlich, dass die USA zu dieser Zeit den jahrelang vorbereiteten Staatsstreich in Kiew – unter Missachtung der Souveränität der Ukraine – bereits vollzogen und ihren Günstling Arsenij Jazenjuk als Ministerpräsidenten eingesetzt hatten.[11] Der Bürgerkrieg in der Ostukraine hatte begonnen, Kiew sollte die Blaupause für das sein, was man in Moskau beabsichtigt, und bis dato durch ständige Provokationen und den Ukraine-Krieg vorantreibt.

Wie es um das Selbstverständnis der US-amerikanischen Regierung bestellt ist, demonstrierte Präsident Joseph Biden am 6. Juli 2024 in einem Interview mit dem US-Sender ABC, als er nach einem desaströsen Wahlkampfduell mit Donald Trump nach seiner körperlichen und mentalen Verfassung gefragt wurde. Vor laufender Kamera erklärte er:

«Ich absolviere jeden Tag einen kognitiven Test. Wissen Sie, ich mache nicht nur Wahlkampf, ich regiere die Welt. Das klingt wie eine Übertreibung, aber wir sind die wichtigste Nation der Welt.»[12]

Diese Aussage wurde von den westlichen Politikern und Journalisten nahezu kritiklos hingenommen, was wiederum Rückschlüsse auf die mentale Verfassung dieser Akteure zulässt. Eingegangen wurde hauptsächlich auf die Frage, ob Biden noch die Fähigkeit für eine zweite Amtszeit habe. Die Kontroverse darum been-

dete er am 24. Juli 2024 durch seinen Verzicht auf die Kandidatur.[13] Dennoch beendete er noch nicht seine Aggressionspolitik gegen Russland, und er macht Wahlkampf für Kamala Harris, demnächst auch persönlich in Deutschland.

Fussnoten:

- [«1】 So tagesschau.de/ausland/amerika/biden-deutschlandbesuch-100.html
- [«2】 Siehe whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2024/09/24/statement-from-white-house-press-secretary-karine-jean-pierre-on-president-bidens-travel-to-germany-and-angola/
- [«3】 Vgl. br.de/nachrichten/deutschland-welt/us-praesident-biden-laedt-zu-ukraine-treffen-in-deutschland,UPUfqBX sowie deutschland.de/de/news/ukraine-gipfel-mit-biden-in-ramstein
- [«4】 Vgl. dw.com/de/scholz-setzt-auf-das-transatlantische-verhaeltnis-und-harris/a-69755432 sowie morgenpost.de/politik/article407226315/trump-harris-tv-duell-debate-live-usa-wahl-2024-abc.html#:~:text=Baerbock-Ministerium%20verspottet%20Trump%20-%20Ex-US-Botschafter
- [«5】 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/Main 2001, S. 74 f.
- [«6】 Vgl. Wolfgang Bittner: Die Eroberung Europas durch die USA, S. 48 f. mit weiteren Nachweisen sowie UKRAINE CRISIS, 27.9.2019, uacrisis.org/de/73460-burisma
- [«7】 Epoch Times, 29.4.2019, epochtimes.de/politik/welt/der-ehemalige-us-vize-praesident-joe-biden-und-die-ukraine-illegale-einflussnahme-auf-die-us-wahl-2016-a2870649.html
- [«8】 Vgl. Washington Examiner, 27.9.2019, washingtonexaminer.com/politics/john-kerrys-son-cut-business-ties-with-hunter-biden-over-ukrainian-oil-deal sowie de.wikipedia.org/wiki/Burisma_Holdings (2.10.2024)
- [«9】 Zit. wie Zeit Online, 21.10.2020, zeit.de/politik/ausland/2020-10/us-praesidentschaftswahl-joe-biden-korruptionsvorwuerfe-ukraine-donald-trump
- [«10】 Zit. wie youtube.com/watch?v=JLO7uKVarB8 (2.10.2024)
- [«11】 Dazu: Victoria Nuland, der Freitag, 22.4.2014, freitag.de/autoren/hans-springstein/5-milliarden-dollar-fuer-den-staatsstreich
- [«12】 Zit. wie n-tv.de/politik/Widerstand-bei-Demokraten-gegen-Kandidatur-formiert-sich-US-Praesident-Biden-ballt-die-Faust-und-gibt-skurriles-Interview-article25067731.html
- [«13】 Vgl. zdf.de/nachrichten/politik/ausland/biden-rede-nation-kandidatur-usa-wahl-demokraten-100.html
Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen und ist Autor zahlreicher Bücher. Soeben ist von ihm das Buch ‹Niemand soll hungern, ohne zu frieren›, im Verlag zeitgeist erschienen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=122627>

Israels freche Arroganz Vom regionalen Krieg zum Atomkrieg

Autor: Uli Gellermann, Datum: 5.10.2024

António Guterres, der UN-Generalsekretär, sei ein ‹Schandfleck› für die UN, tönt der israelische Aussenminister Israel Katz. Weil der Generalsekretär einen iranischen Angriff ‹nicht unmissverständlich› verurteilt habe. Der Herr Katz reitet auf zwei hohen Rössern: Der bisher nie entscheidend geschlagenen israelischen Armee und der bisher unverbrüchlichen Freundschaft der USA mit der genozidalen Regierung Israels.

Klare Sprache von Deutschland?

Eine Nummer kleiner macht es der israelische Botschafter in Deutschland, Ron Prosor. Er kritisiert unter anderem die jüngste Enthaltung Deutschlands in der UN-Generalversammlung. Dort wurde eine Resolution verabschiedet, die den Rückzug Israels aus den besetzten palästinensischen Gebieten fordert. «Ich erwarte von Deutschland eine klare Sprache», sagte Prosor. «Enthaltung ist keine Haltung.»

Zwei Staaten?

Natürlich muss Israel den UN-Generalsekretär nicht zwangsläufig ins Land lassen. Aber Israelis, die bei Verstand sind, könnten sich daran erinnern, dass die UN-Vollversammlung Geburtshelferin Israels war. Hauptsächlich mit den Stimmen der westlichen Staaten, aber auch der Sowjetunion, hatte die Vollversammlung 1947 dafür gestimmt, Palästina aufzuteilen – in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Auf den arabischen Staat warten die Palästinenser noch heute.

Deutsche Korvetten und U-Boote

Im Jahr 2024 wurden aus Deutschland Rüstungsgüter im Wert von rund 10 Millionen Euro nach Israel geliefert. Im Jahr zuvor genehmigte und bezahlte die Bundesregierung Waffen-Exporte im Umfang von 326 Millionen Euro. In der Vergangenheit waren darunter auch deutsche Korvetten und U-Boote. Marine gegen die Partisanen-Landarmee der Hamas? Zudem verfügt Israel über die Atombombe. Auch zur Bekämpfung der Hamas?

Atombomben von Deutschland finanziert

Am israelischen Atomprogramm ist Deutschland kräftig beteiligt: Die Deutschen finanzieren seit 1961 das israelische Nuklearwaffenprogramm, getarnt als Beitrag «zur Entwicklung des Negev». – Atomwaffen zur Aufstandsbekämpfung? – Der israelische Rassismus hält die umgebenden Staaten – Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten – für zweitklassig. Auch deshalb fackeln die Israelis bei Grenzverletzungen nicht lange. Der israelische Herrenmensch darf alles, der Rest zwischen wenig und nichts.

Libanesen sollen ihr Land verlassen

Nach den Toten im Ergebnis der israelischen Angriffe in Gaza kommen jetzt die Toten im Libanon hinzu. Die israelische Armee bombardiert Beirut. Zwar sollen die Angriffe der Hisbollah gelten, aber es sind primär Zivilisten; immer wieder auch Kinder, die Opfer israelischer Attacken werden. Das Rezept der israelischen Armee zur Vermeidung von Kollateral-Schäden: Die Libanesen sollten doch dahin gehen, wo die Israelis nicht bomben. Ähnlich wie in Gaza betreibt Israel im Libanon eine Ent-Arabisierung: Araber, die ihre Heimat verlassen, sind für Israel die besten Araber.

Unsere Art zu leben

Die deutschen Mehrheitsmedien und die deutsche Regierung kennen nur wenig Kritik an Israel. Kanzler Scholz kritisiert den Iran; der bombardiert aber den Libanon nicht, ob Scholz mal wieder was vergessen hat? Die Geografie vielleicht? Frau Baerbock betont, dass Israel bei der Bekämpfung terroristischer Strukturen in Ausübung seines «Selbstverteidigungsrechts» handelt. Das wird die toten Libanesen beruhigen, wenn nicht gar befrieden. Und der sonderbare Herr Gauland von der AfD weiss schon seit Längerem: «Wenn wir uns an die Seite Israels stellen, verteidigen wir auch unsere Art zu leben.» In Bayern fanden sich CSU, Freie Wähler, Grüne und SPD mit einer gemeinsamen Resolution zusammen: Sie stellten sich demonstrativ an die Seite Israels, des jüdischen Lebens in Bayern – und sagten Antisemitismus in jeder Form den Kampf an. Das ist die deutsche Lieblingsformel: Wer die Regierung Israels kritisiert, ist Antisemit.

Vom regionalen Krieg zum Atomkrieg

Die Verbrechen Israels finden einen irren Partner: Der US-Präsidentskandidat Trump hat sich für einen israelischen Angriff auf die iranischen Atomanlagen ausgesprochen. Immerhin repräsentiert Trump eine der beiden Fraktionen der US-Herrschatsklasse. Die ist offenkundig bereit im Gefolge der Israelis einen Atomkrieg in der Region zu führen. Atomkriege sind nicht regional zu begrenzen. So führt der Weg von einer irrsinnig arroganten israelischen Regierung über ihren wahnsinnigen Follower in den USA in den Weltkrieg.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/israels-freche-arroganz>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

22.10.2024



Eine Fehlgeburt ist für die meisten Frauen eine grosse Belastung. In den USA kommt für einige noch die Angst dazu, deshalb zu einer Gefängnisstrafe verurteilt zu werden.

© Thirdman/Pexels

USA: Schwanger – und mit einem Bein im Gefängnis

Seit in einigen US-Bundesstaaten strenge Abtreibungsgesetze gelten, wurden mehrere Frauen nach Fehlgeburten angeklagt.

Daniela Gschweng

Langjährige Gefängnisstrafen wegen Fehlgeburten – das glaubt man nur von streng religiösen Ländern wie El Salvador zu kennen. Dort müssen Ärzte jeden Verdacht auf Abtreibung melden. Tatsächlich werden aber auch in den USA Frauen deshalb verurteilt und eingesperrt. Besonders, seit etliche Bundesstaaten das Abtreibungsrecht verschärft haben. Für die Anklage genutzt werden dabei oft Gesetze, die sich gar nicht auf Abtreibung beziehen.

Ein Beispiel: Im März 2023 hatte Amari Marsh eine Fehlgeburt. Dass sie schwanger war, hatte die Studentin aus South Carolina erst kurz zuvor erfahren. Ein Schwangerschaftstest war Ende 2022 zwar positiv ausgefallen, Marsh hatte jedoch weiter Regelblutungen. Wegen starker Bauchkrämpfe suchte sie im März 2023 ein Spital auf, das die Schwangerschaft feststellte. Am Abend zuhause kamen die Krämpfe wieder und sie hatte einen Abort. So beschreibt es unter anderen das Magazin *«Mother Jones»*.

Festnahme und Hausarrest

Für eine 22-jährige Studentin ist das bereits eine Menge, die es zu verdauen gilt. Was dann passierte, erst recht: Marsh wurde festgenommen, verbrachte drei Wochen im Gefängnis, 13 Monate in Hausarrest und wurde wegen Kindsmisshandlung angeklagt. Mögliches Strafmaß: 20 Jahre bis lebenslang. Erst im August wurde sie freigesprochen und hatte dabei noch Glück.

Im März 2023 galt noch eine 20-Wochen-Frist für den Abbruch einer Schwangerschaft. Seit August 2023 bestraft South Carolina jeden Abbruch einer Schwangerschaft ab dem Zeitpunkt, an dem Herztöne des Embryos festgestellt werden. Das ist etwa ab der sechsten Schwangerschaftswoche.

Das Urteil, das nur *«Dobbs»* genannt wird und ein anderes namens *«Roe»* ersetzte

Die Neuregelung geht zurück auf eine Entscheidung des obersten US-Gerichtshofs im Juni 2022, die das bis dahin gültige Recht auf Abtreibung einschränkte. Dieses Recht basierte nicht auf einem Gesetz, sondern auf zwei Grundsatzentscheiden der obersten US-Gerichtsbarkeit. Das bekanntere Urteil ist *«Roe v. Wade»* von 1973, in dem der Oberste Gerichtshof feststellte, dass jede Frau in den USA ein Recht auf Abtreibung hat.

Es galt wie gesagt bis zum Juni 2022. Dann entschied das Supreme Court erneut. Und zwar, dass die US-Verfassung doch kein Recht auf Abtreibung beinhaltet. Jeder US-Staat dürfe die Regeln zu Abtreibungen in Zukunft selbst festlegen. Das Gericht kippte mit diesem Urteil in der Sache Dobbs v. Jackson Women's Health Organization das vorhergehende Urteil *Roe v. Wade*. Die USA traten *«mit Dobbs in eine neue Ära»* ein. So formulierten es viele Medien, Frauenrechtsgruppen und NGOs.

Mindestens 14 US-Staaten erließen nach dem Urteil Abtreibungsverbote, die in einigen Fällen auch Schwangerschaften durch Inzest und Vergewaltigungen einschließen. Auch die Mitwisserschaft über eine Abtreibung wurde strafbar.

Die Kriminalisierung der Schwangerschaft

Viele Frauenrechtsorganisationen befürchteten eine drastische Verschlechterung der Versorgungslage schwangerer Frauen, insbesondere marginalisierter und armer Frauen und solcher mit Problemschwangerschaften.

Sie behielten Recht. Es kam zu vermeidbaren Todesfällen, weil Frauen eine Prozedur verweigert wurde, die bis dahin Routine gewesen war. Einige Frauen wurden nicht behandelt, weil Ärztinnen und Ärzte Angst hatten, sich unter den neuen Gesetzen strafbar zu machen. Abtreibungstourismus aus US-Staaten mit Verbots in solche, in denen Abtreibungen weiterhin legal sind, sei häufig, berichtete die *«New York Times»* im Juni.

Die Gesetzesänderung hatte noch andere Folgen: Das verfrühte Ende einer Schwangerschaft wurde generell verdächtig. Laut der Organisation *Pregnancy Justice* wurden in dem Jahr nach dem normalerweise nur *«Dobbs»* genannten Supreme-Court-Urteil etliche Frauen in den USA wegen Fehl-, Früh- und Totgeburten angeklagt.

Vorbestraft wegen Fehlgeburt?

Auch, wenn selten darüber gesprochen wird: Fehlgeburten sind häufig. Etwa jede sechste Schwangerschaft endet damit, das zeigen Statistiken in den USA wie in Europa. Die meisten Fehlgeburten geschehen vor der 10. Schwangerschaftswoche. Oft bemerkt die schwangere Frau gar nicht, dass sie schwanger ist. Sie hält den Abort für eine verspätete Regelblutung.

Zu Fehlgeburten kann es zum Beispiel kommen, wenn der Embryo genetische Schäden hat. Die Gesundheit der Mutter oder Probleme beim Einnisten des befruchteten Eis können eine Rolle spielen. Im Einzelfall ist die Ursache oft nicht feststellbar. Eine Fehlgeburt ist für Frauen oft eine grosse psychische Belastung. Seit der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten das Abtreibungsrecht geändert hat, häufen sich die Verdachts- und Rechtsfälle. Auch solche, die sich gar nicht explizit auf den absichtlichen Abbruch einer Schwangerschaft beziehen. Polizei, Behörden und Ankläger scheuen auch nicht davor zurück, Gesetze anzuwenden, die für andere Tatbestände gedacht sind.

«Leichenschändung», weil sie die Spülung zog

Im Januar berichtete der «Guardian» von einer Frau aus Ohio, die 2023 eine Fehlgeburt auf der Toilette gehabt hatte – der wohl häufigste Ort, an dem Fehlgeburten geschehen. Brittany Watts war in der 21. Woche schwanger gewesen, ihre Fruchtblase war einige Tage zuvor geplatzt. Zu früh für ein gesundes Kind, sagten die Ärzte im Spital. Eine Abtreibung, vor «Dobbs» die Standardprozedur in solchen Fällen, kam wegen des Verbots zunächst nicht in Frage. Watts zog die Spülung, wie etliche Frauen vor ihr. Auf weitere blutige Details verzichten wir hier.

Ein Fehler, jedenfalls. Die Anklage lautete auf «Leichenschändung» (Abuse of a Corpse), was mit einem Jahr Gefängnis bestraft wird. Was praktisch absurd erscheint, ist juristisch logisch: Wenn ein Embryo eine Person ist, muss er von Gesetzes wegen bestattet werden. Das Geschworenengericht lehnte es ab, über den Fall zu urteilen. Die Anklage wurde fallengelassen.

Auch früher schon fragwürdige Anklagen

Fragwürdige Anklagen gab es auch schon vor «Dobbs». Zwischen 1973 und Juni 2022 wurden 1800 Personen wegen «Schwangerschaftsverbrechen» angeklagt, hat die Organisation Pregnancy Justice dokumentiert. Die Kalifornierin Adora Perez bekannte sich beispielsweise nach einer Fehlgeburt 2017 des Totschlags schuldig, weil sie während der Schwangerschaft Drogen konsumiert hatte. Sie tat das, um einer Anklage wegen Mordes zu entgehen, und wurde zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde 2022 aufgehoben.

Grundlage für die Verurteilung war ein Gesetz, das es Gerichten ermöglichen sollte, Personen zu verfolgen, die Schwangeren bewusst schaden. Ein solches Gesetz gibt es laut BBC in 38 US-Staaten.

Verurteilt wird auch auf Verdacht

Die 21-jährige Brittney Poolaw, über die unter anderen CBS berichtete, war in der 16. oder 17. Woche der Schwangerschaft, als sie 2020 in Oklahoma ihr Kind verlor. Die Autopsie fand keine Todesursache für den Fötus, merkte aber an, dass eine genetische Anomalie, eine Plazentaablösung oder der Methamphetamin-Konsum der Mutter dazu beigetragen haben könnte. Poolaw wurde wegen Totschlags zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie mit ihrem Drogenkonsum den Fötus gefährdet haben könnte.

Bestraft wurden Frauen schon vor «Dobbs» sogar dann, wenn sie ein Kind verloren, weil sie gestürzt waren oder auf sie geschossen worden war.

Steiler Anstieg der «Schwangerschaftskriminalität» nach Dobbs

Im Jahr nach dem Dobbs-Gerichtsurteil wurde in mindestens 210 Fällen von «Schwangerschafts-Kriminalität» eine einzige Frau tatsächlich wegen Abtreibung verurteilt. Nur «eine Handvoll» Anklagen stützten sich auf «Abtreibung». Allein 200 Personen wurden nach einem Report von Pregnancy Justice wegen Drogenmissbrauchs in der Schwangerschaft angeklagt. Die Autorinnen gehen davon aus, dass es mehr Fälle gibt und sie nicht alle Fälle erfassen konnten.

Die Hälfte der von Pregnancy Justice dokumentierten Fälle geschahen in Alabama, gefolgt von Oklahoma und South Carolina. Alle drei Staaten haben strenge Abtreibungs-Gesetze.

Das «Fehlverhalten» einer Frau genügt, um sie ins Gefängnis zu bringen

«In den meisten Fällen wissen wir nicht, warum eine Schwangerschaft endete oder ein Kind gestorben ist», sagte Wendy Bach, Co-Autorin der Studie und Rechtsprofessorin an der University of Tennessee Knoxville gegenüber «Mother Jones». «Aber in dieser Post-Dobbs-Ära ist der Verlust einer Schwangerschaft extrem verdächtig. Er kann zu strafrechtlichen Ermittlungen, Strafanzeigen, Inhaftierung und der Trennung von Familien führen.»

In 90 Prozent der Fälle sei es nicht nötig gewesen, zu beweisen, dass der Fötus durch das Verhalten der Schwangeren tatsächlich geschädigt wurde. Das Fehlverhalten der Frau war Beweis genug. Vorzuwerfen war ihr also, dass sie den Fötus einem Risiko ausgesetzt hatte, auch wenn kein nachweisbarer Schaden entstand. Eine Rechtsauffassung, die nach Ansicht von Pregnancy Justice mehreren Klauseln im 14. Verfassungszusatz der USA widerspricht.

«Entbindung in gefährlicher Umgebung»

In 15 Fällen bestand das Risiko darin, dass die Schwangere keine Schwangerschaftsvorsorge in Anspruch genommen hatte, dass sie während oder nach der Geburt auf Hilfe verzichtete oder dass sie zu Hause geboren hatte. Der entsprechende Tatbestand: «Entbindung in gefährlicher Umgebung.» «Das ist beunruhigend», sagte Bach zu «Mother Jones».

Die meisten Fälle gingen auf Hinweise von Gesundheitspersonal zurück. In Staaten, in denen Cannabis-Konsum legal ist, wurden Kinder dennoch in Pflegefamilien gegeben, wenn bei der Mutter Hinweise darauf gefunden wurden. Drogentests bei Mutter und Kind während der Schwangerschaft und Geburt ohne Wissen und Zustimmung der Mutter seien häufig, sagt Bach.

Potenziell lebensgefährlich

Es ist schwer, solche Zustände nicht als umfassende Kontrolle jeder Schwangerschaft – oder besser: jeder schwangeren Frau – zu sehen. In der Perspektive rückt der Fötus ins Zentrum. Die Schwangere, die immerhin ein möglicherweise tödliches Risiko eingeht, rückt an den Rand. Nicht einmal für sich behalten darf sie, dass sie schwanger ist. Das wäre verdächtig.

Frauen, die sich in diesem Umfeld vor einer Verurteilung schützen möchten, sollten folglich wohl besser keine Software verwenden, die ihren Zyklus trackt, nicht zum Arzt gehen, wenn es nicht unbedingt nötig ist, niemanden informieren und eine Fehlgeburt nach Möglichkeit allein durchstehen – ein potenziell lebensgefährliches Verhalten.

Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!

The screenshot shows a Facebook post from the group 'Overpopulation Awareness Group'. The post is by user 'George Kwong' and contains the following text:

George Kwong
 Reproduction is no longer exclusively a personal matter. Society must have a voice and some power of direction in regulating this vital function. The desires of human couples are very important, but they must not neglect a consideration of society at large. The general welfare of this and future generations must be given increasing consideration as we develop plans for rational guidance of our procreation.
 No person should be brought into the world unwanted and unneeded. No child should be conceived through carelessness. If each life is to have value, every conception must be part of an ordered plan of two parents who are aware of their responsibilities to that child and to society."

Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarfte auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle:https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Liniestärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbols, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsmäßig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichenen oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



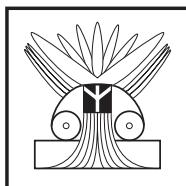
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todesymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunesymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol

fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besetzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbols umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symbols weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infogedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symbols aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schafft Unfrieden, Hass und Unheil

**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehr-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols

**Es soll FRIEDEN sein auf Erden
And there shall be PEACE on Earth**

AMANI
BARIŞ
PAQE
PACE
MIP
PAIX
PAZ

EIPHNH
VREDE
平和
שָׁמֶן
শান্তি
سلام
صلح

FIGU.ORG
FIGU, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti
Schweiz/Switzerland Tel. +41 (0)52 385 13 10

Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300x300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,

Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.

Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM ‹Billy› Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

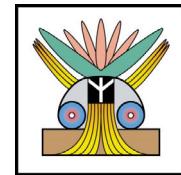
**Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3**

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy



© FIGU 2024

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, ‹Freie Interessengemeinschaft Universell›, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz